Nr. 71

ASPEKTE

DER JUGENDSOZIALARBEIT

Jugendarmut in Jugendmut wandeln.

Raus aus den prekären Lebenslagen – rein in Teilhabechancen.

KJS
Katholische Jugendsozialarbeit

Inhaltsverzeichnis

Editorial 3

Einführung – Jugendarmut in Jugendmut verwandeln
von Silke Starke-Uekermann 4

Meinung – Armut als Thema im Jugendverband und Sportverein 8

Interview: Anerkennung und Wir-Gefühl – Wie Sport beim Abbau
von Benachteiligung hilft – von Stefan Molsner 9

Meinungsbeitrag – Würde statt Gewinnmaximierung – Zusammenhang
von Armut und prekärer Beschäftigung – von Michael Herkendell 12

Konkret – Perspektiven, Analysen und Forderungen 15

Jugendarmut in Deutschland – Ein empirischer Blick
von Wilhelm Adamy 16

Lebenslagen junger Menschen – Übergänge gestalten und
gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen – von Sabine Toppe 26

Armut innerhalb und außerhalb der Geldbörse
von Friedhelm Hengsbach SJ 37

Impressum

Herausgeber:
Bundesarbeitsgemeinschaft
Katholische Jugendsozial-
arbeit (BAG KJS) e. V.

Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf
Fon: 0211 94485-0
Fax: 0211 486509
bagkjs@jugendsozialarbeit.de
www.bagkjs.de

Verantwortlich:
Andreas Lorenz
(Geschäftsführer)

Redaktion:
Silke Starke-Uekermann,
Christian Linker

Konzept:
qpoint - Agentur für Social
Marketing und Fundraising

Gestaltung und Layout:
qpoint - Agentur für Social
Marketing und Fundraising,
www.qpoint.de

Druck:
Schöttler Druck
40878 Ratingen
ISSN: 1612-9105

Bildnachweise:
CAJ, Herr Molsner (DJK), © fasphotographic - Fotolia.com, lama-photography /photocase.com, misterQM /photocase.com, AllzweckJack /photocase.com, Munky /photocase.com, daniwinkler /photocase.com, pip /photocase.com, birdys /photocase.com, © mihi - Fotolia.com, flobox /photocase.com, Gerti G. /photocase.com, truetype /photocase.com, ines89 /photocase.com, cydonna /photocase.com, cw-design /photocase.com, doesnotcare /photocase.com, tobi.tobsen /photocase.com, kallejipp /photocase.com, jmd /photocase.com, krockenmitte /photocase.com, © Tatjana Balzer - Fotolia.com, © djtaylor - Fotolia.com, wueStenfUXX /photocase.com

Editorial

Andreas Lorenz
Geschäftsführer

Liebe Leserin, lieber Leser,

woran erinnern Sie sich, wenn Sie an die eigene Jugendphase zurückdenken? Was waren die bestimmenden Themen? Vielleicht ging es um Freundschaften, Sinnfindung, den Umgang mit dem eigenen Körper, die Abnablung von den Eltern? Um Musik, Film, Literatur? Wie herausfordernd und mühsam haben Sie hingegen den Übergang von der Schule ins Berufsleben erlebt?

Wer heute heranwächst, spürt schon früh den Druck, sich bald in die zunehmend entgrenzte Arbeitswelt einzupassen. Ungewissheit wird zur Grunderfahrung. Diese Unübersichtlichkeit birgt mit ihrer Vielzahl an Optionen zweifellos reizvolle Chancen für junge Menschen – zugleich aber auch wachsende Armutsrisiken, zumal für Jugendliche und junge Erwachsene, deren Aufwachsen bereits durch soziale Benachteiligung geprägt ist. Zwar haben sich Sozialpolitik und Jugendhilfe zuletzt stark mit Armut von Kindern befasst. Aber wussten Sie, dass junge Menschen zwischen 20 und 25 Jahren heute die am stärksten von Armut betroffene Altersgruppe in Deutschland ausmachen? Als eigenständiges Problem wird Jugendarmut noch zu wenig wahrgenommen und als Herausforderung erkannt. Das zu ändern, möchte die vorliegende Ausgabe unserer ASPEKTE einen Beitrag leisten.

Sie finden in diesem Heft nach einer kurzen Einführung weitergehende Einblicke auf unseren Meinungsseiten mit praktischen Erfahrungen aus dem Arbeitsalltag sowie in der Rubrik „Konkret“ drei ausführliche Beiträge, die sich aus unterschiedlicher Perspektive mit Jugendarmut beschäftigen und Vorschläge entwickeln, was Akteurinnen und Akteure in Politik, Gesellschaft und Jugendhilfe gegen Jugendarmut unternehmen können.

Eine anregende Lektüre mit vielen Impulsen zum Diskutieren, Weiterdenken und Aktiv-Werden wünscht Ihnen

Herzlich
Ihr

Andreas Lorenz
Geschäftsführer

Einführung:

Jugendarmut in Jugendmut verwandeln

Wer ist arm und warum? Diese Frage kann mit keiner allgemeingültigen Definition beantwortet werden. Eine Gesellschaft definiert zu einem jeweils gewissen Zeitpunkt ihr Verständnis von Armut. Dadurch wird bestimmt, wer das „Etikett Armut“ erhält und damit berechtigten Anspruch auf Unterstützung und Hilfe hat. Im Sinne einer „Option für die Armen“ ist ein Engagement katholischer Organisationen in dem Diskus über Armut unerlässlich. Hierin liegt die Chance, rein ökonomisch Begründungszusammenhängen meinungsbildend etwas entgegenzusetzen.

Silke Starke-Uekermann studierte Sozialpädagogik. Nach verschiedenen Stationen in der kirchlichen Jugendarbeit setzt sie seit 2006 die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V. um. In ihrem Beitrag stellt sie kompakt das Thema dieser Ausgabe vor und ordnet ein, welche Ansätze und Aktivitäten die BAG KJS im Kontext von Jugendarmut aktuell verfolgt.

In der Europäischen Union gilt als arm beziehungsweise armutsgefährdet, wer in einem Haushalt lebt, dessen Äquivalenzeinkommen weniger als sechzig Prozent des Medians der Einkommen in der Bevölkerung betrifft. Von sehr strenger Armut betroffen sind Menschen mit weniger als vierzig Prozent des Medianeinkommens. Auch wenn in Deutschland die Gesamtzahl der betroffenen Bevölkerung in den letzten Jahren rückläufig war, trifft das nicht auf junge Menschen zu.

Jugendliche und junge Erwachsene zwischen siebzehn und dreißig Jahren sind in einem besonderen Maße von Armut betroffen und bedroht. Bei den 18- bis 24-Jährigen war 2012 jeder Fünfte von Armut betroffen. Das entspricht einer Armutsquote von 21,2 Prozent. In der Gesamtbevölkerung von 82 Millionen lag die Armutsquote bei 31,1 Prozent. Der Anteil armer junger Menschen ist also erschwerend hoch. Und das ist lediglich der finanzielle Aspekt von Armut, der allerdings weitreichende Auswirkungen auf alle Lebensbereiche hat. Materielle Armut wirkt sich auf Gesundheit, Bildung, Freizeit oder die Gestaltung des Übergangs in den Beruf aus. So ist unter „Armut“ neben einer materiellen Unterversorgung auch eine emotionale, soziale und kulturelle Armut zu verstehen.

> *Eine Art soziales Moratorium der Jugendzeit existiert nicht mehr.*

Auswirkungen auf den jungen Menschen

Fortlaufend sind junge Menschen gefordert, ihren Weg in ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu gehen. Bei Ausschluss von Teilhabe als Konsequenz aus der Armut fällt jedoch genau das vielen Jugendlichen schwer. Hier sind sozialpädagogische Hilfe und finanzielle Unterstützung notwendig.

Jugendliche stehen massiv unter Druck. Sie nehmen wahr, dass ihr Wert an ihrer Bildungsbiographie bemessen wird. Die Zeit, sich auszuprobieren und verschiedene Wege zu gehen, steht ihnen nicht mehr zur Verfügung. Sie erleben, dass sie keine Zeit vertrödeln dürfen, und spüren gleichzeitig den Druck, extrem flexibel sein zu müssen. Eine Art soziales Moratorium der Jugendzeit existiert nicht mehr. Mit diesen Faktoren haben sich alle jungen Menschen auseinanderzusetzen. Doch für von Armut betroffene Jugendliche wiegt diese Situation besonders schwer. Bildung – als der Schlüssel zum Weg aus der

Armut – ist in Deutschland ein hochselektives System. Der Zugang zu Bildung ist ungleich verteilt. Er ist in erheblichem Maße von der sozialen Herkunft abhängig. Ein besonderes Risiko tragen Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Während früher ein Hauptschulanschluss die Eintrittskarte in eine solide berufliche Ausbildung darstellte, garantiert ein Hauptschulabschluss heute längst keinen Ausbildungsplatz mehr. Vielmehr ist die Lage auf dem Ausbildungsmarkt durch ein Paradoxon geprägt: Einerseits konnten die Betriebe im Jahr 2012 rund 33.300 Ausbildungsstellen nicht besetzen. Andererseits fanden rund 15.650 junge Menschen keine Ausbildungsstelle und galten somit als unterversorgt. 60.379 Jugendliche nahmen Alternativen auf sich, erhielten aber ihren eigentlichen Ausbildungswunsch offen. Hinzu kommen 90.000 junge Menschen, die sich für einen Ausbildungsplatz interessierten, über deren Verbleib der Arbeitsagentur nichts bekannt ist. Von einem auswahlfähigen Angebot an Ausbildungsplätzen sind wir in Deutschland also weit entfernt. Jugendliche mit Hauptschulabschluss haben da schon kaum eine Chance, Jugendliche ohne Schulabschluss sind so gut wie ganz draußen. Dabei hätten gerade sie eine Chance verdient.

Als ärgste Feinde erscheinen oftmals andere Menschen aus der eigenen Altersgruppe. Die Sinus-Millieu-Studie unter dem Titel „Wie ticken Jugendliche?“ zeigt den Druck, den Jugendliche als Konkurrenten aufeinander ausüben. Sozial Benachteiligte werden an den Rand gedrängt, insbesondere von Jugendlichen aus der gesellschaftlichen Mitte. Subtil werfen diese ihnen eine geringere Leistungsbereitschaft und damit die Gefährdung des Wohlstands vor.

> *Vor allem aber ist eine Bewusstseinsschärfung für die Lebenslagen Betroffener notwendig.*

Was ist zu tun? – Die Initiative “Jugend(ar)mut“

Engagement in der Öffentlichkeit ist gefragt, um die komplexen Nöte der betroffenen Jugendlichen in die öffentliche Wahrnehmung einzubringen. Diffamierungen oder populistische Diskreditierungen muss deutlich entgegengetreten werden. Jugendarmut ist eine Kumulation verschiedener Unterversorgungen

und sozialer Benachteiligungen. Mit dieser Botschaft richtete sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V. an Politik und Öffentlichkeit. Besonders im Kontext einer sozialethischen Dimension engagierte sich die BAG KJS in ihrer Initiative „Jugend(ar)mut“. Jungen Menschen in prekären Lebenslagen wurden ein Gesicht und eine Stimme gegeben; ihre Lebenssituation in die gesellschaftspolitische Debatte eingebracht.

Im Rahmen ihrer Initiative „Jugend(ar)mut tritt die BAG KJS für den Ausgleich sozialer Benachteiligung ein und unterstützt Jugendliche konkret in ihren Einrichtungen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit begleiten die jungen Menschen. Sie werden in der Nutzung ihrer Bildungschancen gefördert, zugleich werden die Rahmenbedingungen für die Entfaltung ihrer Potentiale und Kompetenzen verbessert. Politisch steht die BAG KJS für Partizipation und gleiche Bildungschancen aller jungen Menschen ein. Insbesondere macht sich dabei für die Vermeidung von Arbeitslosigkeit, Überschuldung und Wohnungslosigkeit stark. Aktuell bleiben dennoch zu viele junge Menschen ohne Berufsausbildung, die einen Ausweg aus der Armut böte. Trotz verbesserter konjunktureller Lage und günstiger Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt sind rund 1,5 Millionen junge Menschen bis 29 Jahre ohne Berufsabschluss. Aus Sicht der BAG KJS ist die Verankerung eines Rechts auf Ausbildung eine unverzichtbare Prävention und ein Beitrag zur Verringerung der Armut. Durch ein im Grundgesetz verbrieftes Recht auf einen Ausbildungsplatz würde eine gleichberechtigte Teilhabe für alle Jugendlichen ermöglicht. Mit Formen Assistierter Ausbildung erhielten diejenigen Unterstützung, denen ein erfolgreicher Abschluss der Ausbildung alleine nicht gelingen würde.

Damit der Weg aus der Jugendarmut gelingt, bedarf es personaler Angebote, die den ganzen Menschen in den Blick nehmen. Allen jungen Menschen mit Würde und Annahme zu begegnen ist dabei sehr wohl eine Herausforderung für die Fachkräfte. Bei der Aus- und Weiterbildung des Personals ist das zu berücksichtigen.

Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Das Engagement bisher ist jedoch nicht ausreichend. Um Teilhabe für alle zu ermöglichen und jungen Menschen mit Armutserfahrungen darin zu unterstützen, Ziele für das eigene Leben zu entwickeln und umzusetzen, braucht es den politischen Willen, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Es bedarf langfristiger und nachhaltiger Finanzierungen von Angeboten. Kurzfristige Projektförderungen sind bei der Unterstützung dieser Personengruppe wenig hilfreich.

Vor allem aber ist eine Bewusstseinsschärfung für die Lebenslagen von Jugendarmut Betroffener notwendig. Der gesamtgesellschaftliche Wille, Jugendarmut in Jugendmut zu wandeln, wird gebraucht.

Von Silke Starke-Uekermann

Meinung:

Armut als Thema im Jugendverband und Sportverein

Michael Herkendell schreibt über die Erfahrungen und Einsichten der Christlichen Arbeiterjugend – eines katholischen Jugendverbandes, der nicht nur für die Zielgruppe arbeitet, sondern gleichsam aus ihr besteht. Stefan Molsner ist ehemaliger Banker, heute Sporttrainer und Sozialarbeiter. Im Interview erzählt er von der integrativen Kraft des Sports.

Interview:

Anerkennung und Wir-Gefühl Wie Sport beim Abbau von Benachteiligung hilft

Stefan Molsner arbeitete als Bankkaufmann und Trainer, bevor er mit 32 Jahren ein Studium der Sozialen Arbeit aufnahm. Heute engagiert er sich als Vorsitzender des DJK Sportbunds Stuttgart in einem sozial herausfordernden alten Arbeiterviertel der Landeshauptstadt und leitet eine internationale Kindergruppe. ASPEKTE sprach mit ihm über das gesellschaftliche Integrationspotenzial des Sports, über die Bedeutung von Werten und die Rolle der Eltern.

ASPEKTE: Herr Molsner, Sie engagieren sich seit über zwanzig Jahren im Jugendsport. Wie machen sich Ihrer Erfahrung nach Armut und Benachteiligung im Kontext von Sport bemerkbar?

Molsner: Ich bin seit 1993 in der Jugendarbeit im Tischtennis aktiv. Da mein damaliger Verein DJK Stuttgart-Süd seine Sporthalle in einem sozialen Brennpunkt Stuttgarts hatte und sich diese Sozialstruktur im Sport abbildete, waren wir von Beginn an damit konfrontiert, dass wir viele jugendliche Mitglieder aus armen Familien hatten. Damit gingen die entsprechenden Schwierigkeiten einher, das Sportmaterial

anschaffen oder Beiträge und andere Zahlungen leisten zu können. Gleichzeitig spielte schon damals der Zusammenhang von Armut und Migration eine Rolle – so trafen diese Erschwernisse vornehmlich Migrantenkinder mit Eltern aus der Türkei, aus dem damaligen Jugoslawien und Südeuropa.

Wie sind Sie damit umgegangen?

Als DJK-Verein sehen wir uns der Chancengleichheit verpflichtet. Aus diesem Selbstverständnis heraus haben wir alles daran gesetzt, zu verhindern, dass Kinder aufgrund ihres sozialen Status oder ihrer Herkunft benachteiligt werden. Es gab sicherlich Fälle, in denen dies gar nicht sichtbar geworden ist – teils aus Scham, teils aus Unwissenheit, wie man überhaupt Unterstützung erhalten kann. So dass wir sicherlich nicht immer erfolgreich waren. Dennoch gelang es uns, viele Kinder durch Sport zu integrieren und sie dabei zu unterstützen, sich auch in der Schule und im Alltag zurechtzufinden. Als ich aus sportlichen Gründen zu einem anderen Verein wechseln wollte, blieben mir die Werte der DJK wichtig, so dass ich mir erneut einen DJK-Verein suchte. Auch dieser hat seinen Sitz in einem sozialen Brennpunkt, im Stuttgarter

> *Die ganze Familie profitiert davon.*

Osten, einem alten Arbeiterviertel. Dort herrscht eine ähnliche Struktur wie Stuttgart-Heslach im Süden, so dass ich erneut auf einen Verein traf, dessen Jugend-Mitglieder überwiegend aus zugewanderten Familien stammen; mit all den Schwierigkeiten, die damit verbunden sind.

Zum Beispiel?

Die Kinder hatten oft kein Geld für Spielmaterial oder Startgelder, hatten bei Turnieren oft keine Verpflegung und keine Sportkleidung dabei. Das Sozialverhalten war sehr schwach ausgeprägt. Die Eltern hielten sich überwiegend völlig heraus, wussten auch nach Jahren noch nicht mal unsere Namen. Andererseits waren die Kinder sehr dankbar, entwickelten ein tolles Gemeinschaftsgefühl und großen sportlichen Ehrgeiz. So entstand im Lauf der Jahre ein starkes Wir-Gefühl. Grade der sportliche Erfolg brachte die Anerkennung, die den Kindern sonst oft versagt bleibt. Mit der Zeit wurde der Verein eine zweite Heimat. Für mich waren diese Erfahrungen im Sport Anlass, meinen Beruf als Bankkaufmann aufzugeben und mit 32 Jahren noch Soziale Arbeit studieren. Das Thema meiner Diplomarbeit lautete: „Was können Sportvereine zur Integration von Jugendlichen beitragen?“

Und das können Sie heute praktisch umsetzen …

Seit 2002 bin ich als Leiter der Internationalen Kindergruppe Ost tätig, in der sechzehn Kinder aus Migrantenfamilien im Alter von sechs bis zehn Jahren betreut werden. Es ist mir wichtig, immer wieder mit unserem Sportverein zu kooperieren; so führten wir zusammen mit der Robert-Bosch-Stiftung ein mehrjähriges Schachprojekt für Migrantenkinder durch und setzen den FSJ‘ler des DJK Sportbund Stuttgart für Bewegungs- und Spielangebote in der Kindergruppe ein. Aktuell haben wir eine Kooperation für Mädchentischtennis: Zehn sieben- bis zehnjährige Kinder nehmen dreimal wöchentlich je zwei Stunden am Tischtennistraining teil. Von Vereinsseite aus stellen wir bis zu sechs Trainer, die sich um die Kinder kümmern. Neben Allgemeinsport steht natürlich viel Tischtennistraining auf dem Programm, aber auch Wettkämpfe und Ausflüge führen wir mit den Mädchen durch. Zu scheitern drohte das Projekt daran, dass die Familien die Mitgliedsbeiträge nicht aufbringen können – wir haben uns jedoch dazu entschlossen, das Schläger und Bekleidung erst mal umsonst bereit zu stellen und die Beiträge über das Bildungs- und Teilhabepaket zu organisieren. Allerdings bin ich seit geraumer Zeit mit unserem Jobcenter in Verhandlung, wie wir dies am unbürokratischsten abwickeln können.

Welche Hürden gibt es da zu überwinden?

Einerseits sind die Eltern nicht in der Lage, die entsprechenden Formulare ohne Hilfe auszufüllen – oder es gingen auch schon vorausgefüllte Formulare verloren. Andererseits sahen sich die Jobcentermitarbeiter bisher auch nicht imstande, einen gemeinen Termin für mehrere Familien unter unserer Beteiligung auszumachen, um das Verfahren zu beschleunigen. Aber wir lassen uns davon nicht abschrecken, sondern setzen unseren Weg, die Kinder konsequent in den Verein zu integrieren, unbeirrt fort. Und der Erfolg gibt uns schließlich recht.

Woran machen Sie das fest?

Sportlich haben sich alle zehn Mädchen stark verbessert; im Training ist die Konzentration deutlich höher und das schlägt sich in anderen Bereichen nieder: Auch in der Schule ist die Konzentrationsfähigkeit der Kinder deutlich angestiegen, wodurch sich ganz konkret die Schulnoten verbessert haben; entgegen der ursprünglichen Bedenken einiger Eltern, die Kinder könnten eventuell wegen des Sports das schulische Engagement vernachlässigen. Insbesondere haben die Kinder auch wichtige Alltagskompetenzen erworben, etwa Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit – und die Eltern interessanterweise auch, die die Kinder abholen.

Die Eltern profitieren also persönlich von dem Angebot?

Ich würde sagen: die ganze Familie. Einige Eltern kommen am Wochenende regelmäßig zu den Wettkämpfen in die Halle und wir können beobachten, wie sich insgesamt das Verhältnis zwischen den Eltern und ihren Kindern spürbar positiv verändert.

Wie wirken diese Erfolge auf den Verein selbst zurück?

Das Angebot für die Mädchen wird im Verein trotz dieser Erfolge nicht nur begrüßt. In den letzten zwanzig Jahren haben wir unsere Angebote für Mitglieder laufend erhöht und verbessert, was dazu führte, dass unsere Mitgliedsbeiträge stark anstiegen. Dadurch hat sich die Mitgliederstruktur geändert; wir haben kaum noch Jugendliche aus Stuttgart-Ost, dafür immer mehr leistungsorientierte Kinder – besser gesagt: die Kinder leistungsorientierter Eltern – aus dem Umland, die zu professionellem Training anreisen. Dies sind meist gut situierte Kinder aus der Mittel- und Oberschicht. Und deren Eltern sehen die Mädchen kritisch, weil diese zu frech, zu ungebildet und zu laut seien. Ein recht neues Problem für uns, das einen kritischen Blick auf unsere gesamte Jugendförderung wirft. Das macht es für uns aber nur noch wichtiger, das Projekt weiter zu führen und wieder für eine bessere Mischung im Training zu sorgen, denn alle Kinder profitieren schließlich von den Stärken der jeweils anderen! Und Kinder zu stärken, das sehe ich noch immer als eine der Hauptaufgaben unseres DJK-Vereins, getreu dem Motto der DJK: „Kinder stark machen!“

Herr Molsner, wir bedanken uns für das Gespräch.

Meinungsbeitrag:

Würde statt Gewinnmaximierung. Zusammenhang von Armut und prekärer Beschäftigung

Unser Gastautor Michael Herkendell ist Referent beim Bildungsinstitut der arbeitenden Jugend e.V., einer Einrichtung der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) in Essen. Für ASPEKTE schreibt er über den Zusammenhang von Armut und prekärer Beschäftigung und beleuchtet damit die Kehrseite von Reichtum und Gewinnmaximierung. Die CAJ ist ein bundesweit aktiver Jugendverband und gehört zum Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), einer Mitgliedsorganisation der BAG KJS.

> *Reicher Mann und armer Mann*
> *standen da und sahn sich an.*
> *Und der Arme sagte bleich:*
> *Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.*

Diese Verszeilen aus dem Gedicht Alfabet von Berthold Brecht haben 80 Jahre nach ihrer Abfassung nichts von ihrer Aktualität und ihrem Wahrheitsgehalt verloren. Die Schere zwischen Arm und Reich ist in Deutschland während den vergangenen Jahren immer weiter auseinandergegangen. In keinem anderen

Land der Eurozone ist das Vermögensgefälle so groß, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erst kürzlich feststellte. Heute muss man konstatieren, dass wir nicht mehr in einem reichen Land wohnen, sondern in einem armen Land mit reichen Leuten. Zwanzig Prozent der Deutschen besitzen gar kein Vermögen, während das reichste eine Prozent über ein Vermögen von mindestens 800.000 Euro verfügt.

Und wer hat Schuld an diesen Zuständen? Natürlich die Armen und Abgehängten selbst, denn der neoliberale Glaubenssatz lautet: Im Kapitalismus kann es jeder zu etwas bringen, wenn er sich nur ein bisschen anstrengt. Dabei ist es eine Tatsache, dass sich sowohl die Leistungseliten als auch das prekärisierte Milieu reproduzieren und ein Aufstieg kaum möglich ist. Doch während im Mittelalter Arme fast durchgängig als „Kinder Gottes" galten, die von den Bessersituierten mit ernährt werden mussten, gönnt man heutzutage den von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen und ihren Familien selbst das knapp bemessene ALG II nicht mehr, sondern wirft ihnen, munitioniert durch die Boulevardpresse vor, sich in der sozialen Hängematte auszuruhen. Außerdem gebe es in Deutschland keine Armut, man solle mal nach Afrika schauen.

> *Kinder aus Akademikerfamilien erhalten achtmal häufiger eine Gymnasialempfehlung als Kinder von Arbeitern.*

Sicherlich ist Armut relativ, dennoch darf sie nicht negiert oder klein geredet werden. Denn es sind insbesondere Kinder und Jugendliche, die unter der (relativen) Armut der Eltern leiden. Zwar haben diese Kinder keine Hungerbäuche, dafür aber in der Regel die falschen Schuhe oder Jacken an, kein Geld für das Kino oder einen Besuch in der Eisdiele mit einem Freund oder einer Freundin. Der Schlüssel für diese Kinder und Jugendlichen könnte Bildung sein. Studien belegen jedoch, dass gerade Kinder aus ärmeren Familien diskriminiert werden. So geben Grundschullehrer Kindern aus Akademikerfamilien achtmal häufiger eine Gymnasialempfehlung, als Kindern von un- oder angelernten Arbeitern. Dabei ist die Leistung der Kinder oftmals nicht der ausschlaggebende Punkt. So reichten im Jahre 2006 einem Akademikerkind bereits 537 Punkte in der Lesekompetenz, um eine Gymnasialempfehlung zu erhalten. Das Kind aus einem Arbeiterhaushalt musste es hingegen auf 614 Punkte bringen und damit dem Akademikerkinder eineinhalb Schuljahre voraus sein! Die Folge ist, dass Kinder und Jugendliche auf Real- oder Hauptschulen gehen, obwohl sie die Fähigkeiten hätten, eine höhere Schulform zu besuchen. Damit spiegelt das deutsche Bildungssystem bis heute die Ständegesellschaft vergangener Zeiten wider.

Umverteilung rückgängig machen

Ein hoher Abschluss ist jedoch die Voraussetzung für einen gut bezahlten Job. Für viele Jugendliche bleibt ein Job in einem sogenannten Normalarbeitsverhältnis allerdings ein frommer Wunsch. So lebten im Jahre 2010 dreißig Prozent der jungen Menschen zwischen 14 und 34 Jahren in einem prekären Beschäftigungsverhältnis. Was diese Situation bedeuten kann, schildert eine junge Frau aus der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) in einem Bericht: „Ich habe mich durch die prekäre Arbeit direkt in eine Depression, in ein Burn-Out manövriert. [...] In der Zeit hatte ich Selbstmordgedanken und habe nichts mehr auf die Reihe bekommen. Ich war wie gelähmt und meine Persönlichkeit hat sich durch diese Arbeitsverhältnisse sehr verändert. Ich habe mein Selbstvertrauen komplett verloren und mich extrem hilflos gefühlt."

Vor diesem Hintergrund erscheinen die Phänomene der sozialen Exklusion zwar geradezu profan, dennoch zeigte sich in den Befragungen der CAJ Deutschland immer wieder, dass viele Jugendliche und junge Erwachsene trotz eines Jobs kaum über Mittel zur kulturellen Teilhabe verfügten, so etwa kein Geld hatten, um sich mit Freunden im Kino zu treffen. Zwar bedeutet ein prekäres Beschäftigungsverhältnis nicht

automatisch arm zu sein. Doch liegt zwischen selbstbestimmten Leben in Würde beziehungsweise einem prekärem Wohlstand einer- und dem Absturz in die Armut andererseits ein Grad, der zusehends schmaler wird. Schon ein außergewöhnliches Ereignis – eine Krankheit, die Klassenfahrt eines Kindes oder die Reparatur des Autos – bringt das mühselig austarierte finanzielle Gefüge einer Familie in arge Bedrängnis. Dass sich junge Menschen unter diesen Umständen dreimal überlegen, eine Familie zu gründen, ist nur zu verständlich. Daher lautet eine Kernforderung der CAJ, die Befristung von Arbeitsverträgen ohne Sachgrund abzuschaffen, um wenigstens etwas mehr Sicherheit im Erwerbsleben zu schaffen.

> *Die Lohnkürzung auf der einen Seite wird zur Dividende auf der anderen.*

Und der reiche Mann? Seit Jahren kommt es zu einer stetigen Kapitalakkumulation, die zulasten der geringfügig Beschäftigtet erwirtschaftet wird. Denn die Lohnkürzung auf der einen Seite wird zur Dividende auf der anderen. Tatsächlich sind Armut und Reichtum zwei Seiten derselben Medaille. Folglich muss die gewaltige Umverteilung von unten nach oben politisch wieder rückgängig gemacht werden und es muss zu einer Umverteilung von oben nach unten kommen.

Prekäre Verhältnisse bewusstmachen

Als Kind ist die Sicht auf die Welt noch ungetrübt. Wenn zum Beispiel in einem Kinderbuch ein reicher Mann auftaucht, der den heimeligen Tante Emma Laden kaufen will, um an der Stelle einen neuen und angeblich tollen Supermarkt zu errichten, dann schwant den Kindern bereits beim Lesen, dass diese Figur die Rolle des Bösewichts in der Geschichte spielt. Mit der Zeit scheint sich unsere Wahrnehmung zu verändern, und aus dem Bösewicht, der den Tante Emma Laden bedroht, wird der lang ersehnte Finanzinvestor, der Arbeitsplätze schafft. Und seien sie noch so prekär.

Bei der intensiven Auseinandersetzung der CAJ mit dem Thema prekäre Arbeit zeigte sich schnell, dass viele Verbandsmitglieder sich gar nicht bewusst waren, dass sie in einem prekären Arbeitsverhältnis steckten oder schon einmal prekär beschäftigt gewesen waren. Daher war es von Anfang an das Ziel der CAJ, das Bewusstsein der Mitglieder wieder zu schärfen und einen unverstellten Blick auf die Problematik zu entwickeln. Denn erst die Erkenntnisse im Rahmen unserer Maßnahmen veranlassten Teilnehmerinnen und Teilnehmer, etwas gegen diese Form der Ausbeutung zu unternehmen. Im Rahmen unserer Analyse zeigte sich daher auch rasch, dass die Bekämpfung der Symptome von prekärer Arbeit nicht ausreicht, um diese Krankheit zu überwinden. Prekäre Arbeit und Armut sind in der Regel nicht selbstverschuldet, sondern begründet in den Mechanismen des ökonomischen Systems beziehungsweise der politischen Handlungen. Aufgrund unserer Analysen und operativen Arbeit in den Diözesanverbänden fordern wir daher eine Umkehr. Nicht mehr die Gewinnmaximierung von Unternehmen und Shareholdern darf im Mittelpunkt stehen, sondern die Würde jeder Arbeiterin und jedes Arbeiters, wie es bereits der Gründer der CAJ, Josef Kardinal Cardijn, vor neunzig Jahren gefordert hat.

Von Michael Herkendell

Konkret:

Perspektiven, Analysen und Forderungen

Die nachfolgenden Beiträge basieren auf den Vorträgen der Referentin und Referenten der Jugendarmutskonferenz der BAG KJS 2013 in Berlin.

DGB-Arbeitsmarkt-Experte Wilhelm Adamy zeichnet aus empirischer Sicht Fakten über Ursachen, Ausmaß und Auswirkungen jugendlicher Armut in Deutschland nach. Die Soziologin Sabine Toppe beschreibt die Lebenslage Jugend und zeigt auf, wie die Orientierung daran zur Erschließung von Teilhabemöglichkeiten junger Menschen beitragen kann. Der Theologe Friedhelm Hengsbach nimmt eine sozialethische Einordnung und Bewertung des Themas aus christlich-politischer Sicht vor.

Aus ihrem je spezifischen Blickwinkel nähern sich Autorin und Autoren dem Problem der Jugendarmut und unterbreiten Vorschläge, was Akteurinnen und Akteure in Politik, Gesellschaft und Jugendhilfe konkret tun können.

Jugendarmut in Deutschland – Ein empirischer Blick

Dr. Wilhelm Adamy absolvierte eine Ausbildung zum Speditionskaufmann, bevor er über den Zweiten Bildungsweg sowohl Volks- und Betriebswirtschaftslehre als auch Sozialpolitik studierte. Heute leitet die Fachabteilung „Arbeitsmarktpolitik“ beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). In seinem Beitrag stellt er empirische Befunde zur Armutsgefährdung junger Menschen vor, untersucht deren Ursachen und Auswirkungen und unterbreitet Vorschläge zu politischen Korrekturen.

> *Alle Indizes zeigen, dass sich Niedrigeinkommen und Armut stufenweise erhöht haben.*

Eingangs möchte ich an die Austeritätspolitik in der Weimarer Republik zwischen 1929 und 1932 erinnern, deren Folgen bekannt sind, und die mit der heutigen Situation natürlich nicht vergleichbar sind. In seinen Memoiren schrieb der damalige Reichskanzler Brüning nach dem Zweiten Weltkrieg sinngemäß: „Wir wussten, dass diese Politik zu massiven Einschnitten und Verwerfungen führen würde. Wir hatten allerdings die Hoffnung, dass sich Deutschland bei einem wirtschaftlichen Aufschwung ein größeres Stück Kuchen aus dem internationalen Handel rausschneiden kann.“

Was hat sich zu heute geändert und ist die Troika aus EU und IWF nicht dabei, den südeuropäischen Ländern eine sehr restriktive Politik zu verordnen? Sind die Einschnitte in den Sozialstaat und den öffentlichen Sektor in Griechenland nicht ähnlich tief oder gehen eventuell sogar über das hinaus, was damals der Bevölkerung im Deutschen Reich zugemutet wurde?

In den 30er Jahren waren in Deutschland Armenpolitik und Arbeiterpolitik sehr eng verknüpft, während in der Nachkriegsgeschichte Arbeitnehmerpolitik meist mit Sozialversicherungspolitik einherging. Heute rücken Arbeitnehmerpolitik und Armenpolitik teils wieder näher zueinander, wie die steigende Armut trotz Erwerbstätigkeit oder das überdurchschnittlich hohe Armutsrisiko von Arbeitslosen zeigen.

Die Situation der Jugendlichen hierzulande stellt sich insgesamt günstiger dar als in der Mehrzahl unserer Nachbarländer. 3,4 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind jünger als 25 Jahre. Unser duales Ausbildungssystem ist im internationalen Vergleich zweifelsohne ein Positivfaktor und leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration junger Menschen in Gesellschaft und Arbeitswelt. Die Mehrzahl der Jugendlichen ist noch im Ausbildungssystem, relativ wenige befinden sich im Beschäftigungssystem; die Arbeitslosigkeit ist relativ niedrig und in den letzten Jahren noch gesunken. Auf der anderen Seite gibt es ein Ost-West-Gefälle, denn im Osten Deutschlands liegt die Jugendarbeitslosigkeit fast doppelt so hoch wie im Westen. Doch die Armutsgefährdung geht weit über die der Arbeitslosen hinaus.

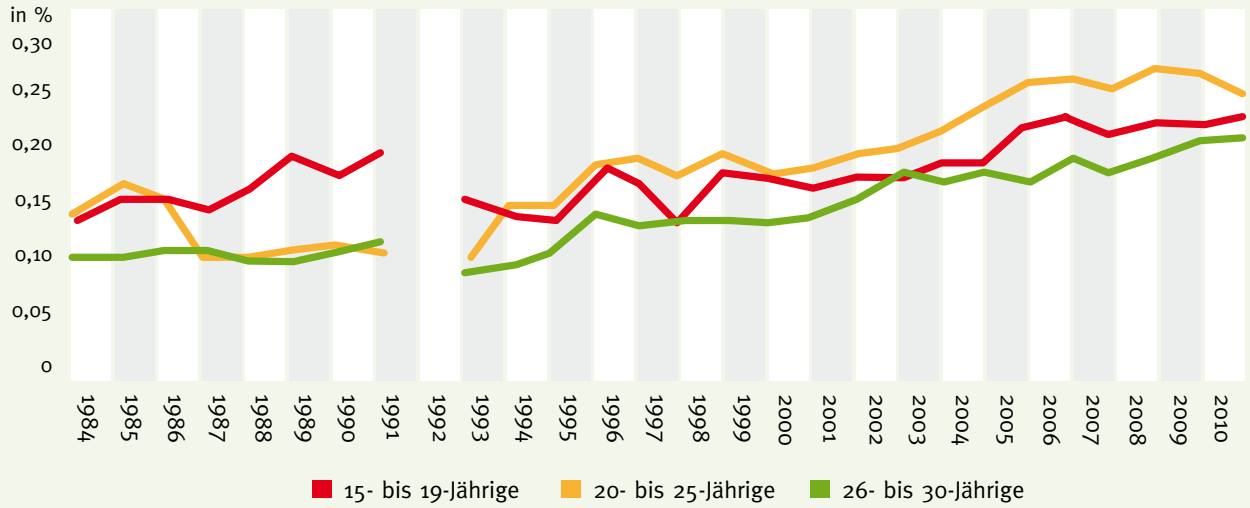
Armut kein eindimensionales Problem

Es ist grundsätzlich zwischen relativer und absoluter Armut zu unterscheiden. Denn die Holzhütte ist nicht arm in der Nachbarschaft anderer Holzhütten, wohl aber in der Nachbarschaft von Palästen. Relative Armut muss in Relation zur übrigen Gesellschaft gemessen werden. Dabei steht meist die quantitative Dimension im Mittelpunkt, indem man etwa Haushalte als arm definiert, wenn sie über weniger als fünfzig beziehungsweise sechzig Prozent des durchschnittlichen Einkommens verfügen, gewichtet nach der jeweiligen Zahl der Familienangehörigen. Dies ist meist eine Folge der Ungleichheit der haushaltsbezogenen Markt- und Nettoeinkommen sowie der sozialstaatlichen Sicherung beziehungsweise deren Defiziten.

Doch Armut hat nicht nur negative finanzielle Konsequenzen. Denn ein Risiko kommt meistens nicht allein. Ein Messkonzept, das qualitative Lebenslagen einbezieht(Lebenslagekonzept), umfasst vielfältige Dimensionen, angefangen von sozialer Beteiligung, kultureller Beteiligung, Qualifikation, gesundheitliche Belastungen etc. Sowohl die finanzielle wie qualitative Dimension von Armut sind ein wichtiger Maßstab für Erfolg oder Misserfolg staatlichen Handelns.

Generell möchte ich hervorheben, dass sich in Deutschland die Bevölkerungsanteile am oberen und unteren Rand der Einkommenspyramide in den letzten Jahren deutlich erhöht und die Anteile der dazwischen liegenden mittleren Einkommensschichten insgesamt verringert haben. Andererseits hat staatliche Fürsorge den politischen Anspruch, Armut nicht nur entgegenzuwirken, sondern möglichst zu verhindern. Tatsächlich ist umstritten, inwieweit Sozialhilfe und Hartz IV tatsächlich ein menschenwürdiges Existenzminimum garantiert und ausreichende gesellschaftliche Teilhabe eröffnen. Alle Indizes zeigen, dass sich Niedrigeinkommen und Armut stufenweise erhöht haben.

Armutstrends für Jugendliche und junge Erwachsene, 1984 - 2010



Quelle: SOEPv27, ab 1992 Gesamtdeutschland; eigene Berechnung

Fakten zur Armutsgefährdung junger Menschen

Damit komme ich zum ersten Trend bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Seit Mitte der 80er Jahre hat sich das Armutsrisiko deutlich erhöht. Der Anstieg zeigt sich insbesondere nach dem Jahr 2000 und insbesondere bei den jungen Erwachsenen, hier über 25 Jahre. Es stimmt, dass der Indikator nur begrenzt aussagefähig ist, aber relativ leicht messbar und international vergleichbar. Danach ist fast ein Viertel der jungen Erwachsenen armutsgefährdet.

> *Jugendliche erhalten fast dreimal so häufig einen Niedriglohn als die mittleren Altersgruppen.*

Die Situation ist keinesfalls für alle Jugendlichen gleich, sondern Armut hat unterschiedliche Gesichter und unterschiedliche Betroffenheit. Gründe dafür sind etwa schlecht bezahlte Einstiegsjobs beziehungsweise die relativ lange Ausbildungsdauer. Aber auch Veränderungen im Familienzusammenhalt oder unzureichende schulische oder berufliche Qualifikation erhöhen das Armutsrisiko. Junge Frauen sind stärker betroffen als junge Männer, ferner Arbeitslose und Alleinerziehende sowie Migranten der ersten und zweiten Generation. Dies gilt ebenso für junge Menschen in Ostdeutschland. Einen starken Einfluss hat gleichfalls der soziale Status und die Stellung der Eltern in der Arbeitswelt. Immerhin kommen drei Viertel

der armen oder armutsgefährdeten Jugendlichen und gut die Hälfte der armen jungen Erwachsenen aus Arbeiterhaushalten. Der Zusammenhang mit der sozialen Situation des Elternhauses ist unverkennbar. Differenzierungen sind hier notwendig, da Jugendliche teilweise noch bei den Eltern leben, andere – bei gleichfalls niedrigem Einkommen aber günstigeren Perspektiven – noch studieren. So studiert etwa ein Viertel der armutsgefährdeten Jugendlichen oder befindet sich noch in einer Ausbildung.

> *Unübersehbar sind die Defizite des schulischen und beruflichen Ausbildungssystems.*

Zugleich sind Armutserfahrungen nicht gleich Armutserfahrungen; vielmehr stellt sich die Frage, über welche langfristigen beruflichen und sozialen Aufstiegschancen ein junger Mensch verfügt, beziehungsweise wie hoch die Abstiegsrisiken sind. So gelingt der Übergang von der Schule in Ausbildung oder in ein existenzsicherndes Arbeitsverhältnis längst nicht immer reibungslos, mag aber teilweise lediglich vorübergehend und weitgehend lebensphasenspezifisch sein. Treten andere Faktoren wie ein fehlender Berufsabschluss oder eine prekäre Arbeitsmarktsituation hinzu, erhöhen sich die Risiken deutlich. Frühere Armutserfahrung erhöht das Armutsrisiko auch in späteren Lebensphasen, doch dieser Zusammenhang schwächt sich im Lebenslauf anscheinend ab. Mit der Dauer und Häufigkeit von Armutserfahrungen verschlechtern sich die Chancen nachhaltig, am ökonomischen und gesellschaftlichen Leben aktiv teilnehmen zu können. Die Muster der Armutsbetroffenheit variieren mit dem Lebensalter und der konkreten Lebenssituation. Jugendliche und junge Erwachsene befinden sich häufiger in relativer Einkommensarmut und machen häufiger als Erwachse Armutserfahrung von eher kürzerer Dauer.
Für eine nicht zu vernachlässigende Gruppe besteht allerdings die Gefahr, dass diese Armutssituation sich verfestigt. Für viele junge Menschen ist Armut die erste Erfahrung mit dem Sozialstaat, wobei sie eine zunehmende Polarisierung auch innerhalb dieses Personenkreises feststellen müssen. Es ist zu befürchten, dass sich eine neue Unterklasse herausbildet. Das ist aber nicht nur ein Spezifikum der Jüngeren, sondern droht eine generelle Entwicklung zu werden.

Einfluss von Niedriglohn und fehlendem Berufsabschluss

Jetzt will ich den Blick stärker auf Arbeitswelt und die Qualifikation jener richten, die einen Job haben und den altersspezifischen Umfang des Niedriglohnsektors herausarbeiten. Der Niedriglohn soll hier leicht vereinfachend, mit zwei Drittel des mittleren Einkommens (Median) angegeben werden.

Jugendliche erhalten danach fast dreimal so häufig einen Niedriglohn als die mittleren Altersgruppen. Zu Beginn des Berufslebens ist die Mehrzahl der jungen Menschen im Niedriglohnsektor tätig,

während in den mittleren Erwerbsjahren dieser Anteil deutlich abnimmt, aber am Ende des Berufslebens wiederansteigt. Hinzu kommt, dass jüngeren Menschen oftmals lediglich befristete Stellen oder auch nur Praktika angeboten werden.

Besorgniserregend ist aber auch der hohe Anteil junger Menschen ohne qualifizierte Schul- und Berufsabschlüsse. Trotz Bildungsexpansion droht ein beachtlicher Teil unserer jungen Menschen „abgehängt" zu werden. Die Defizite im schulischen und beruflichen Bildungssystem sind nicht zu übersehen. Sowohl die Schule wie das duale Ausbildungssystem selektieren sehr stark, zumal Ausbildungsplätze in vielen Regionen immer noch knapp sind.

Mehr als zwei Millionen junge Erwachsene in Deutschland haben keinen Berufsabschluss. Öffentlich wird dies kaum thematisiert, vielmehr allgemein über Fachkräftemangel geklagt und die Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland gefordert. Viele der hier lebenden Menschen, egal ob zugewandert oder nicht, brauchen dringend bessere Startchancen. Es gibt zwar einen Bildungsgipfel, wo Bund und Länder sich verpflichtet haben, den Anteil der jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss massiv zu reduzieren, sprich: zu halbieren. Die verfügbaren Zahlen zeigen: 1996 verfügten 14,7 Prozent der jungen Erwachsenen über keine Berufsausbildung; im Jahr 2010 waren es ebenfalls 14,7 Prozent. Viele international vergleichende Studien zeigen, dass das deutsche schulische Bildungssystem selektiv ist. Und dennoch kommen wir hier kaum weiter. Bei den Realschülern sind fast zehn Prozent, bei den Hauptschülern fast ein Drittel davon betroffen. Wir reden eher über demografischen Wandel und die Sicherung der Renten, aber diejenigen, die am längsten Arbeiten müssen, für die tun wir nur wenig, um sie für die Herausforderung der Arbeitswelt fit zu machen und sie in die Lage zu versetzen, die eigene Existenz für dreißig oder vierzig Jahre lang durch Erwerbsarbeit sichern zu können. Unter den älteren Arbeitnehmern ist der Anteil derjenigen ohne Berufsabschluss zwischenzeitlich geringer als bei den Jüngeren.

Hartz IV-Bedürftigkeit junger Menschen

Ein weiterer wichtiger Indikator ist die Zahl der Arbeitslosen sowie der Menschen im Bezug von Arbeitslosengeld II, also Hartz IV. Im Sommer 2013 waren rund 320.000 Jugendliche arbeitslos, davon rund 170.000 im Hartz IV-System; doch die Zahl der auf Hartz IV angewiesenen jungen Menschen ist gut viermal höher als die der jugendlichen Arbeitslosen in diesem staatlichen Fürsorgesystem. Die Erfolge beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit haben insofern bisher nichts daran ändern können, dass Jugendliche ein überdurchschnittliches Verarmungsrisiko haben. Insgesamt beziehen rund 764.000 Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren Hartz IV-Leistungen. Dies entspricht, bezogen auf die gleichaltrige Bevölkerung, einer Quote von 8,8 Prozent. Im Westen sind es 7,6 Prozent und im Osten 15,8 Prozent der Jugendlichen, die von Hartz IV leben müssen. Nicht berücksichtigt ist hier die Dunkelziffer jener junger Menschen, die

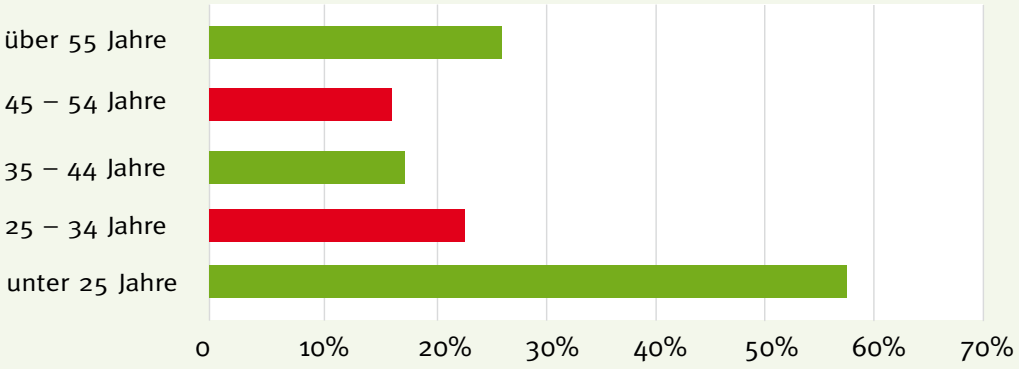
aus Scham oder Unwissenheit auf das ihnen zustehende Existenzminimum verzichten. Schaut man sich die Hilfequote aller Erwerbsfähigen, also aller Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren an, dann zeigt sich: Jugendliche sind in Ost und West stärker auf Hartz IV angewiesen als die Erwerbstätigen insgesamt.

> *Armut strahlt auf alle Lebensbereiche aus.*

Im internationalen Vergleich wird immer wieder auf die relativ niedrige Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen verwiesen, was jedoch das hohe Armutsrisiko dieser Altersgruppe ausblendet. Diese Schattenseiten werden kaum thematisiert. Besonders gravierend ist, wenn sich der Hilfebezug bereits in jungen Jahren verfestigt. Fast sechzig Prozent der betroffenen jungen Menschen sind nahezu zwei Jahre durchgängig auf Hartz IV angewiesen. Das bedeutet aber keineswegs, dass sie inaktiv sind. Ein Teil von ihnen arbeitet, ohne von dem Einkommen leben zu können. Der andere Teil ist noch in Ausbildung oder nimmt arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Anspruch. Hartz IV-Bedürftigkeit droht sich bereits in jungen Jahren zu verfestigen, wenn trotz all dieser Aktivitäten mehrfache und länger anhaltende Armutsepisoden nicht verhindert werden können. Aber auch Jugendliche, die relativ schnell aus dem Hilfebezug ausscheiden können, fallen teils nach einer gewissen Zeit wieder in Armut zurück. Eine nicht gerade kleine Gruppe unter den Jugendlichen befindet sich in prekären finanziellen Lebensverhältnissen.

Hilfebedürftigkeit hat viele Gründe. Oftmals ist es nicht die eigene Arbeitslosigkeit, sondern andere Lebensumstände, die zur Bedürftigkeit führen. Meist steht dies mit der schwierigen finanziellen Lage des Haushalts insgesamt oder mit Arbeitsmarktproblemen der Eltern im Zusammenhang. Fast die Hälfte der auf Hartz IV angewiesenen Jugendlichen dürfte noch zur Schule gehen – entweder im allgemeinbildenden System oder in Ausbildungsgängen an Berufsfachschulen. Von betroffenen den jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren lebt beispielsweise rund ein Drittel in Mehrpersonenhaushalten, in denen ein weiteres Mitglied der Haushaltsgemeinschaft arbeitslos ist. Diese Jugendlichen können bei eigenen Übergangsproblemen ins Erwerbsleben kaum auf familiäre Unterstützung zurückgreifen. Unübersehbar sind zugleich die Defizite des schulischen und beruflichen Ausbildungssystems. Denn die Bildungsstruktur Jugendlicher im Hartz IV-System unterscheidet sich unter anderem deutlich von jenen im Bereich der Arbeitslosenversicherung. So hat in der Gesamtbevölkerung nur jede zwanzigste Person keinen Schul-

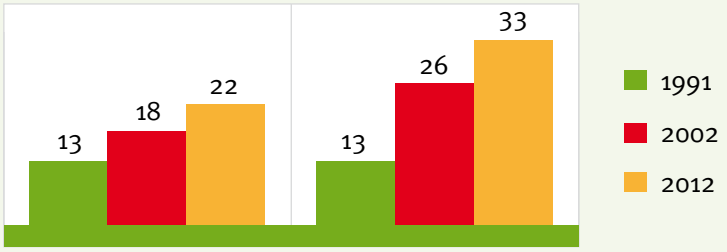
Niedriglohnanteil nach Altersgruppen 2010 2/3 des Medians



Einschließlich Schüler/-innen, Studierende, Rentner/-innen und Beschäftigte mit Nebenjobs.

Quelle: 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. 198

Anteile atypischer Beschäftigter in %



Quelle: Statistisches Bundesamt

abschluss, gegenüber jeder sechzehnten in der Arbeitslosenversicherung und rund einem Sechstel der arbeitslosen Jugendlichen im Hartz IV-System. Risikofaktoren verstärken sich hier schnell gegenseitig.

Armut heißt: Weniger Normalität im Leben.

Hartz IV-Bedürftigkeit und Armut bedeuten finanzielle Einbußen und Verzicht auf selbstverständliche Dinge. Jugendliche aus armen Verhältnissen können finanziell mit anderen nicht mithalten, spüren Benachteiligung oder suchen sie zu kompensieren. Um die Fassade aufrecht halten zu können, sind größere Opfer erforderlich. Längst nicht immer ist diese Armut im Alltag augenfällig. Befragungen zeigen, dass ein niedriger sozialer und ökonomischer Status einer Familie bei Kindern und Jugendlichen mit Defiziten in den ihnen zur Verfügung stehenden familiären und sozialen Ressourcen einhergeht.

Zweifelsohne gibt es auch unter Armutsbedingungen unproblematische Entwicklungsverläufe. Doch die Chancen dazu sinken mit der Dauer der Hilfebedürftigkeit. Insbesondere dann wird es schwierig, finanzielle, soziale und kulturelle Ressourcen zu mobilisieren und ein soziales Umfeld in Familie, Schule und Wohngegend sicherzustellen. Bleibt Armut hingegen eine nur kurze „Episode“, stellen sich meist weit bessere Bewältigungschancen dar. Dies geht auch mit Benachteiligung in anderen Risikolagen einher. Bei einer Befragung haben die betroffenen Jugendlichen geantwortet, dass sie zu mehr als 80 Prozent eine angespannte finanzielle Situation erleben. Je länger jemand von Hartz IV lebt, umso schwieriger wird es, den Gürtel noch enger zu schnallen. 28 Prozent leben in schlechten Wohnverhältnissen und fast ein Viertel beklagt mangelnde Deutschkenntnisse. Armut ist nicht eindimensional, sondern birgt vielfältige Risiken, die sich wechselseitig verstärken.

> *Die Sanktionen für Jugendliche im Hartz IV-System sind schärfer als in jedem anderen System.*

Armut strahlt auf alle Lebensbereiche aus. Ein niedriges Einkommen sowie ein ungünstiges soziales Umfeld und ein hohes familiäres Konfliktpotential vervierfachen beispielswiese das Risiko für Kinder und Jugendliche, psychisch zu erkranken. Auch wenn es keinen automatischen Zusammenhang gibt, verhalten sich in Armut aufwachsende Jugendliche etwas häufiger gesundheitsriskant, üben eher keinen Sport aus oder essen seltener frisches Obst und Gemüse. Lediglich beim Tabak- und Alkoholkonsum zeigen sich keine bedeutsamen Unterschiede bei den Jugendlichen aus unterschiedlichen Einkommensschichten. Ein Drittel der 18- bis 24-jährigen Hartz IV-Empfängerinnen und -empfänger hat bereits Schulden. Ein gutes Viertel von ihnen lebt in eingeschränkten, schlechten Wohnverhältnissen. Bei jungen Migrantinnen und

Migranten ist in einem noch stärkeren Maße eine gleichzeitige Unterversorgung in mehreren Lebensbereichen festzustellen. Sie leben weit häufiger in schwierigen Wohnverhältnissen und in Haushalten, in denen mindestens ein Familienmitglied arbeitslos ist.

Die individuellen Reaktionen auf Armut sind sehr unterschiedlich: Teils wird sie auszublenden versucht, oftmals aber als tiefgreifende Benachteiligung erlebt. Manche Eltern streben danach, die finanziellen Einbußen bei ihren Kindern zu kompensieren und sich am scheinbaren Konsumverhalten der Mittelschicht zu orientieren, auch wenn sie dies tiefer in die Verschuldung treibt. Einkommensschwache Schichten sollen sich beim Kauf stets rational verhalten, obwohl Konsum hier scheinbare oder reale Benachteiligung kompensieren soll. Familie kann auch ein Schutzraum sein oder aber bei Konflikten selbst zum Problem werden.

Die Chancen Armut und Hartz IV überwinden zu können sind umso besser, je kürzer die Armutsphasen sind, je besser und stabiler soziale Netzwerke und der familiäre Zusammenhalt sind, je früher und nachhaltiger die vorhandenen Potenziale gestützt und je eher adäquate Berufs- und Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet werden. Je ungünstiger diese Faktoren allerdings sind, je geringer die eigene Qualifikation und die soziale Stellung des Elternhauses, umso mehr droht sich letztendlich Armut zu verfestigen. Dies gilt ebenso für problembehaftete Schulen oder Wohngegenden.

Vorschläge

Einen zentralen Ansatzpunkt sehe ich darin, dass unsere Gesellschaft viel zu wenig in Bildung investiert. Wir sind auf dem Weg, dass sich Bildungsarmut wieder mehr und mehr vererbt, insbesondere in den Großstädten und in benachteiligten Stadtteilen. So müssten die Qualität der frühkindlichen Bildung gestärkt und die vorbeugende Förderung bei drohendem Schulabbruch verbessert sowie neue Formen von Arbeiten und Lernen für schulmüde Jugendliche aufgelegt werden. Aber auch der Ausbau von Ganztagsschulen und von Schulsozialarbeit ist dringend erforderlich.

Ein zweiter Punkt: Einkommensarmut muss bekämpft werden. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist die Mehrzahl darauf angewiesen, die eigene Existenz zu sichern und das geht nur durch Erwerbsarbeit. Deswegen fordern wir allgemein verbindliche Mindestlöhne für alle Branchen. Wir wenden heute alleine für Erwerbstätige mit sozialversicherungspflichtigen Job pro Jahr vier Milliarden Euro an Steuermitteln auf, damit ihr Erwerbseinkommen auf das gesellschaftliche Minimum aufgestockt werden kann. So subventioniert Deutschland den Niedriglohnsektor.

Zugleich müssen sozialstaatliche Regelungen insbesondere für Haushalte mit Kindern und niedrigem Erwerbseinkommen ausgebaut werden. Wir als DGB favorisieren hier aber nicht den Vorschlag einer Kindergrundsicherung. Wir haben schon einmal mit dem Hartz IV-System unser Sozialsystem auf den Kopf gestellt. Ich glaube zwar, dass die Hartz-Gesetze keine gut gemeinten Reformvorschläge waren, aber selbst dann zeigt sich sehr schnell, dass man bei einem grundlegenden Umbau von Steuer- und Sozialsystem schnell in die Heckenschere der Kürzung sozialstaatlicher Leistungen geraten kann. Wir empfehlen eher ein schrittweises und gezieltes Vorgehen, das vorrangig auf armutsgefährdete Haushalte mit Kindern abzielt.

Wir wollen den Kinderzuschlag deutlich verbessern, der eigentlich eine dem Hartz IV-System vorgelagerte Leistung sein und Armut jener Erwerbstätigen verhindern soll, die zwar den eigenen Lebensunterhalt bestreiten, aber das Existenzminimum für die eigenen Kinder nicht sicherstellen können. Deshalb sollte der Kinderzuschlag deutlich ausgebaut werden, ebenso wie das Wohngeld für Erwerbstätige mit Kindern. Wenn Menschen trotz Erwerbstätigkeit wegen der Kinder hilfebedürftig werden, sollten wir gezielt mit einem besseren Wohngeld die Mietbelastung insbesondere in großstädtischen Regionen reduzieren. Ergänzend zu einem Mindestlohn kann mit verbessertem Kinderzuschlag und Wohngeld einer Hartz IV-Bedürftigkeit von Erwerbstätigen effektiver entgegengewirkt werden. Ein flächendeckender Mindestlohn und eine wirksame kinderbezogene Förderung sowie ein höheres Wohngeld für Erwerbstätige in Regionen mit überdurchschnittlichem Mietniveau kann das Armutsrisiko von Haushalten mit Kindern und Jugendlichen gezielt verringern.

In der Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik sind gleichfalls Korrekturen notwendig. So darf die Ausbildungsnot vieler Jugendlicher in vielen Regionen nicht länger klein gerechnet werden. Es sollten Warteschleifen zurückgedrängt sowie ein Recht auf Ausbildung eingeführt werden. Zugleich müssen die systematische Unterstützung und Betreuung beim Übergang von der Schule in Ausbildung sowie in den Beruf sichergestellt und arbeitsweltbezogene Angebote der Jugendsozialarbeit ausgebaut werden. Jugendliche sollten gleichfalls nicht in 1-Euro-Jobs gezwungen werden; es muss vielmehr beim Vorrang von Qualifizierungsmaßnahmen bleiben.

> *„Wir haben schon einmal unser Sozialsystem auf den Kopf gestellt.*

Problematisch ist ebenso, dass die gesetzlichen Sanktionen im Hartz IV-System für Jugendliche schärfer sind als in jedem anderen System – und schärfer als die Regelungen für Erwachsene. Dabei sollen Beratung und Vermittlung doch eine wichtige soziale und arbeitsmarktpolitische Integrationsfunktion erfüllen; tatsächlich besteht aber die Gefahr, dass junge Menschen sich dem möglicherweise entziehen und sich vom regulären Arbeitsmarkt noch weiter entfernen. Arbeitsagenten und JobCenter setzen das Gesetz um, für das die Politik und die Verantwortung tragen.

Wir setzen uns ebenso für gesellschaftliche Initiativen ein, damit möglichst in jedem Hartz IV-Haushalt mindestens eine Person erwerbstätig ist. Kinder und Jugendliche sollten die Erfahrung machen, dass möglichst die Erwerbstätigkeit der eigenen Eltern und nicht ein längerfristiges Hartz IV-Schicksal eine normale Situation ist. Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie Arbeitsagenturen und JobCenter aber auch Wohlfahrtsverbände sollten hier gemeinsam einen Beitrag leisten, um Familien mit Kindern und Jugendlichen wirksamer zu unterstützen und von Hartz IV unabhängig zu machen.

Auch die staatlichen Institutionen wie Jugendamt und JobCenter müssen besser zusammen arbeiten. Ich sehe mit Sorge, dass die Jugendsozialarbeit in vielen Städten zurückgefahren wird. Keinesfalls ausgeblendet werden darf die Wohnungspolitik. So müssen wir uns fragen, was sich an den sozialen Problemen ändert, wenn durch das Hartz IV-Gesetz Menschen gezwungen werden können, in Problemstadtteile mit noch relativ billigen und leerstehenden Wohnungen umzuziehen. Kann ich damit die eventuell noch bestehenden sozialen Netzwerke oder den Bekanntenkreis sichern oder fördere ich den sozialen Rückzug? Soziale Brennpunkte entstehen wieder und die Programme „Soziale Stadt“ werden zurückgefahren, wenn nicht gar ganz gestrichen.

Schlussbemerkung

Jugendliche erfahren die gesellschaftliche Benachteiligung und Spaltung oftmals schon in jungen Jahren; sie wachsen in Verzicht auf, während andere sich scheinbar alles leisten können. Zwischen der Armut und dem Entwicklungsverlauf von Kindern und Jugendlichen gibt es aber keinesfalls einen mechanistischen Zusammenhang. Hilfebedürftigkeit ist meist nicht die Ursache ungleicher Lebenschancen, sondern deren Folge. Eine gute Wohngegend kann auch bei niedrigem Einkommen teils kompensierend wirken.

Armut steht nicht am Angang gesellschaftlicher Mangellagen, kann diese allerdings verstärken. Soweit diese Risikofaktoren sich jedoch addieren, können die negativen Effekte schnell kumulieren. Jugendliche im Umfeld des Hartz IV-Systems haben ein höheres Risiko für mehrfache Benachteiligung. Neben finanziellen Problemen sind es vor allem Arbeitslosigkeit und niedriges Erwerbseinkommen im Familienkontext oder schlechte Wohnverhältnisse, die hier anzutreffen sind. Hinzu kommen schlechtere Chancen im Ausbildungssystem und der Arbeitswelt.

Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Integrationsmaßnahmen müssen diesen unterschiedlichen Lebensumständen der Jugendlichen Rechnung tragen. Individuelle und kreative Ansatzpunkte sind gefragt, die die gesamten Lebensumstände einschließlich der jeweiligen Netzwerke in den Blick nehmen. Gefragt sind beispielsweise neue Formen von „Arbeiten und Lernen“, die auch schulmüden Jugendlichen Mut machen können. Dringend ausgebaut werden muss ebenso die „nachgehende Betreuung“, um einen kurzfristigen Abbruch von Fördermaßnahmen möglichst zu verhindern und stabile Beschäftigung zu fördern. Präventive arbeitsmarkt-, sozial- und bildungspolitische Ansatzpunkte sind gefragt, die längerfristig weit wirksamer und erfolgreicher sind als kurzfristige kurative Maßnahmen. Dies wird aber nur dann gelingen, wenn die unterschiedlichen Politikfelder besser zusammen wirken und auch die Bildungspolitik der Länder einen wirksameren Beitrag leistet, um Jugendliche auf die Herausforderungen der Arbeitswelt besser vorzubereiten.

Sozialstaatliche und bildungspolitische Korrekturen sowie Sozialarbeit und die Zurückdrängung prekärer Arbeit sind zwei Seiten einer Medaille; nur durch Zusammenwirken dieser unterschiedlichen Politikbereiche können wir hier diese zentralen gesellschaftlichen Probleme lösen. Heiner Geißler muss widersprochen werden, der in den 70er Jahren die neue soziale Frage entdeckte. Den damaligen Anstieg der Armut – etwa von Alleinerziehenden – führte er insbesondere auf die Macht von Gewerkschaften und Arbeitgebern zurück, die bestimmte Personengruppen vernachlässigten. Heute hingegen zeigt sich, dass die Armut insbesondere deshalb steigt, weil sozialstaatliche Regelungen geschwächt und die Macht und Gestaltungsmöglichkeiten sich verschlechtert haben. Die sozialstaatliche Verpflichtung und eine Politik des sozialen Ausgleichs werden nicht mehr ernst genug genommen in unserem Land.

Von Wilhelm Adamy

Lebenslagen junger Menschen. Übergänge gestalten und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen

Prof. Dr. Sabine Toppe lehrt Geschichte der Sozialen Arbeit an der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin und arbeitet unter anderem zu den Schwerpunkten Kindheit und Familie, Gender sowie Erziehung und Bildung. In ihrem Beitrag skizziert sie die aktuellen Veränderungen der Lebenslage Jugend und geht der Frage nach, wie die Jugendsozialarbeit möglichst mit Jugendlichen zusammen verstärkt zu deren Ermächtigung – und damit zur Gestaltung des eigenen Lebens – beitragen kann.

„Sich an der Lebenslage Jugend orientieren", so hat vor einiger Zeit Wolfgang Schröer einen Artikel mit einem Aufruf an die Kinder- und Jugendhilfe eingeleitet und gefordert, die Entgrenzung von Jugend wahrzunehmen und die Kinder- und Jugendhilfe darin zu bestärken, sich mit den Veränderungen der Lebenslage Jugend auseinanderzusetzen, „und entsprechend in ihrer Infrastruktur und in ihren politischen Anwaltsfunktionen darauf zu reagieren" (Schröer 2011, S. 6). Sozialpädagoginnen und -pädagogen in der Kinder- und Jugendhilfe sind aktuell mit vielen Veränderungen in der Lebenslage Jugend konfrontiert wie zum Beispiel mit den vielfältigen biografischen Herausforderungen beim Übergang in Arbeit und Selbständigkeit, besonders vor dem Hintergrund sozialer Benachteiligung und Jugendarmut (Heinz 2011; Ploetz 2013).

Um sich im Folgenden dem Thema Lebenslagen junger Menschen, der Gestaltung von Übergängen und der Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe zu nähern, möchte ich die Forderung nach der expliziten Orientierung an der Lebenslage Jugend als Leitfaden aufgreifen und einen spezifischen Blick auf die Le-

benslage Jugendarmut werfen, auf die Schaffung von Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe von – ausgegrenzten – Jugendlichen und die dazu notwendige Gestaltung von lebensweltlichen Übergängen. Zwei Bereiche stehen dabei besonders im Mittelpunkt: Zum einen erfolgt eine Auseinandersetzung mit den aktuellen Veränderungen der Lebenslage Jugend beziehungsweise mit den „Jugenden“ (Böhnisch 2008) und insofern mit den Bedingungen des Aufwachsens und des Selbstständig-Werdens junger Menschen. Zum anderen geht es um die Betrachtung von Jugendarmut aus sozialpädagogischer Perspektive, hier spezifisch um den Doppelblick der Kinder- und Jugendhilfe und speziell der Jugendsozialarbeit im Rahmen von Jugendarmut: im Sinne ihres individuellen Zugangs, entsprechend ihrer Infrastruktur und der Institutionen, in die sie eingebunden sind und mit denen sie den Jugendlichen begegnen. Unerlässlich ist hier die Einbeziehung der politischen Dimension, die die Soziale Arbeit hat, und die Frage, welche Herausforderungen sich in diesem Rahmen aus Perspektive der Jugendhilfe stellen. Der Beitrag gliedert sich entsprechend in vier Schritte und beginnt mit einer Orientierung an der Lebenslage Jugend, an aktuellen Entwicklungen in den Lebenslagen junger Menschen und an der Frage gesellschaftlicher Teilhabe. Es folgt ein Blick auf das Jugendgesicht der Armut mit dem Fokus auf ausgrenzende Lebenslagen und Lebenswelten, um daran anschließend Ursachen und Folgen von Jugendarmut als Herausforderung und mit dem Blick

> *Jugend als ein Zustand der Unbefangenheit und Sorglosigkeit ist gegenwärtig mehr ein Entwurf der Lebensstilindustrie als ein Ergebnis von Jugendstudien.*

auf mögliche Perspektiven für die Jugendhilfe zu diskutieren. Abschließend geht es um eine Annäherung an die Frage, ob gesellschaftliche Teilhabe für alle aus sozialpädagogischer Perspektive überhaupt möglich ist und unter aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen funktionieren kann. Weiter zu diskutieren ist dann an den verschiedenen Orten in Wissenschaft und Praxis, wie erfolgreiche Angebote für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene konkret ausgestaltet werden müssen, und welche konzeptionellen Rahmenbedingungen dazu notwendig sind.

Sich an der Lebenslage Jugend orientieren. Gesellschaftliche Teilhabe und aktuelle Entwicklungen in den Lebenslagen junger Menschen

Rückt man bei der Orientierung an der Lebenslage Jugend die Frage in den Fokus, wie es der jungen Generation geht, in welcher Lage und Verfasstheit sich die Jugend befindet beziehungsweise sich die Jugenden (im Plural) befinden, so scheint hier auf den ersten Blick alles möglich. Wahrnehmbar ist der gesellschaftliche Spannungsbogen einer Geburtenkohorte, bei der man zum „glücklichen", „geprellten" oder „prekären" Teil einer jungen Generation, zu den „GewinnerInnen", „Ungewissen" oder „VerliererInnen" gehören kann. Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass junge Menschen zunehmend Aufgaben zu bewältigen haben, die „weniger die für das Jugendalter typischen Themen wie Pubertät, Ablösung vom Elternhaus usw. als vielmehr den Übergang in Arbeit betreffen. Das Thema Ausbildung und Arbeit bestimmt inzwischen eine lange Zeitspanne im Leben von Jugendlichen und jungen Erwachsenen und ist oft auch dann nicht abgeschlossen. Man könnte daher von einer ‚Lebenslage Übergang' (Wolfgang Schröer) sprechen, die die ‚Lebenslage Jugend' beherrscht beziehungsweise abgelöst hat." (Oehme 2008)

Unabhängig von der „Lebenslage Übergang" ist die Auffassung von Jugend im Plural – Jugend in Plural zu bringen und Jugend im Plural zu denken im Sinne von Jugenden (vgl. Tamke 2008) – inzwischen wissenschaftlicher Konsens. Die Jugendphase unterlag historisch schon immer einem Wandel, der in die gesellschaftlichen Prozesse und Entwicklungen eingebunden ist, in die Probleme und Fragen der Zeit; und der in der Konsequenz nach Alter, Geschlecht, sozialer Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit und Stadt-/Land-Herkunft zu unterscheiden ist. Jugenden sind in diesem Sinne eben auch Ausdruck sozialer Ungleichheiten, die über ein mehrdimensionales Konzept der sozialen Lage abgebildet werden können (vgl. Burzan 2011).

Doch was heißt nun konkret Jugend oder Lebensphase Jugend in einer aktuellen Perspektive? Der 2013 erschienene 14. Kinder- und Jugendbericht (BMFSFJ 2013) nimmt sich der Thematik von Jugend und jungen Erwachsenen sehr viel stärker an als die vorausgegangenen Kinder- und Jugendberichte. Problematisiert wird hier die immer noch zwischen Skandalisierung und Dethematisierung schwankende gesellschaftliche Wahrnehmung von Jugend beziehungsweise jungen Erwachsenen (BMFSFJ 2013, S. 374). Deutlich wird, wie wichtig die Auseinandersetzung mit der Frage nach einer konkreten Ausgestaltung von Jugend oder Jugenden beziehungsweise jungen Erwachsenen und deren gesellschaftlicher Verortung ist. Inwieweit kann aktuell Jugend als Lebensphase und Lebenslage immer noch – im Sinne ihrer klassischen Aufgaben – als Schonraum für die psychosoziale Entwicklung, als Bildungsmoratorium, als Freizeitmoratorium, als

Identitätssuche sowie Erweiterung und Differenz des Selbst- und Weltverständnisses gesehen werden? Welche Rollen spielen der Umbau sozialer Beziehungen, das Finden des Verhältnisses zur körperlichen Veränderung, das Bewohnen des eigenen Körpers, das Lernen des Umgangs mit Sexualität, die Planung der Ausbildungs- und der Berufsbiografien? Es ist schwierig geworden, nicht zuletzt vor dem Hintergrund arbeitsgesellschaftlicher Verpflichtungen, mit den klassischen Entwicklungsaufgaben in der Jugendphase im Sinne von Jugend als Freiraum und Vorbereitungsphase und mit der Auflösung der entpflichteten Auszeit für Jugendliche (vgl. Witte/Sander 2011). Vor dem Hintergrund der Veränderungen im Rahmen von Erwerbsarbeits- und Bildungslandschaften und im Sinne arbeitsgesellschaftlicher Verpflichtungen haben wir es mit massiven Folgen der Entgrenzung von Jugend zu tun im Sinne der Betrachtung von Jugend weniger als Moratorium, sondern mehr als Laboratorium und unsicherer Entwicklungsraum oder auch als erzwungenes Moratorium, wenn es mit der Ausbildung oder mit der Erwerbstätigkeit nicht klappt.

> *Junge Leute in Europa wissen mit unumstößlicher Gewissheit, dass es keine Gewissheit gibt.*

Jugend als ein Zustand der Unbefangenheit und Sorglosigkeit ist gegenwärtig also mehr ein Entwurf der Lebensstilindustrie als ein Ergebnis von Jugendstudien (vgl. Schröer 2011, S. 7). Gleichzeitig ist im Bildungssektor unverkennbar eine Ausdehnung der Jugendphase zu beobachten. Der Eintritt ins Berufsleben wird aufgeschoben mit Auswirkungen im Bereich von Verantwortungserlebnissen, in den Erfahrungen der unmittelbaren gesellschaftlichen Nützlichkeit und der eigenen materiellen Existenzsicherung. Der Übergang von der Jugend ins Erwachsenenalter ist in diesem Sinne für viele Jugendliche ein unübersichtlicher Prozess geworden, der jeweils stark durch die sozialen und biografischen Handlungsspielräume geprägt ist; Handlungsspielräume, die gefüllt werden müssen, und die Frage aufwerfen, wie sie zu begleiten sind – und für die eine Verlaufsprognose nur schwer gegeben werden kann.

Die gegenwärtigen Veränderungen hin zu einer Wissensgesellschaft im digitalen Kapitalismus haben das Jugendmodell der industriellen Moderne relativiert, verschiedene Bereiche der Entgrenzung von Jugend treffen hier zusammen: „Die entgrenzte Arbeitswelt, das entgrenzte Lernen und die sich entgrenzenden privaten Lebensführungen greifen als Entwicklungsaufgaben ineinander. Die Übergänge ins Erwachsenenalter werden für viele nicht nur länger, unstrukturierter und unsicherer, sondern auch individuell folgenreicher. Der bisher zeitlich begrenzte soziale Freiraum, in dem man sich austoben konnte, bevor man in den Arbeitsalltag eintrat, löst sich auf“. (Kirchhöfer 2003, S. 27) Deutlich wird hier noch einmal die besondere Herausforderung an die Jugend, an die jungen Erwachsenen in Bezug auf „Agency“, auf ihre Handlungsbefähigung: Es gilt, „die neuen und tiefe Widersprüche generierenden Entwicklungslinien im Verhältnis der gesellschaftlichen Teilsysteme Erziehung,

Kultur und Ökonomie in ihrem Einfluss auf den Jugendalltag und die hier eingebettete ‚Agency', also ihre Handlungsbefähigung (Grundmann), beschreiben und analysieren zu können" (Lange 2003, S. 113).

> *Die Unsicherheit wird zur Grunderfahrung.*

In diesem Sinne ist der heutige Übergang in die Arbeitswelt zu einem Prozess geworden, der sich für viele Jugendliche vom fünfzehnten Lebensjahr bis weit in das dritte Lebensjahrzehnt hinein erstreckt. Die globalisierte Arbeitsgesellschaft, die für die Jugendlichen beziehungsweise die jungen Erwachsenen eine andere Form von Mobilität, eine andere Form des Denkens und auch einen anderen Blick auf Bildung und Bildungsinhalte bedeutet, bringt einerseits großen Druck und wachsende Anforderungen für die Heranwachsenden mit sich, die von den Medien und von der Politik an die Jugend gestellt werden, sie sind andererseits aber auch mit Möglichkeiten in Form einer Selbstverwertung des Humankapitals verbunden (vgl. Schröer 2011, S. 15). Die niederländische Jugendforscherin Manuela Du Bois-Reymond spricht in diesem Zusammenhang – im Hinblick auf jugendliche Übergangsprozesse vom Bildungs- in das Ausbildungs- und Berufssystem – von der „Yoyoisierung" des jugendlichen Lebenslaufs im Sinne eines Hin- und Herspringens zwischen jugendlichen und erwachsenen Lebensformen, die eine Herausforderung für jugendliche Eigenwelten bilden (Du Bois-Reymond 2007, S. 75ff). Junge Leute in Europa wissen mit unumstößlicher Gewissheit, dass es keine Gewissheit gibt. Sie müssen also immer wieder weitreichende Entscheidungen treffen, die ihr Leben bestimmen werden, ohne deren Konsequenzen übersehen zu können. Jugendliche können im Rahmen ihrer Lebenszusammenhänge wählen – und sie müssen wählen. Sie stehen unter dem Druck, sich entscheiden und sehr viel früher sortieren zu müssen beziehungsweise zu sehen, welcher Weg einzuschlagen ist. Die Orientierungsprobleme wachsen. Eines der Hauptprobleme ist der Übergang in die Erwerbsgesellschaft, wobei hier ungleiche Bildungsvoraussetzungen, formal wie informell, eine große Rolle spielen.

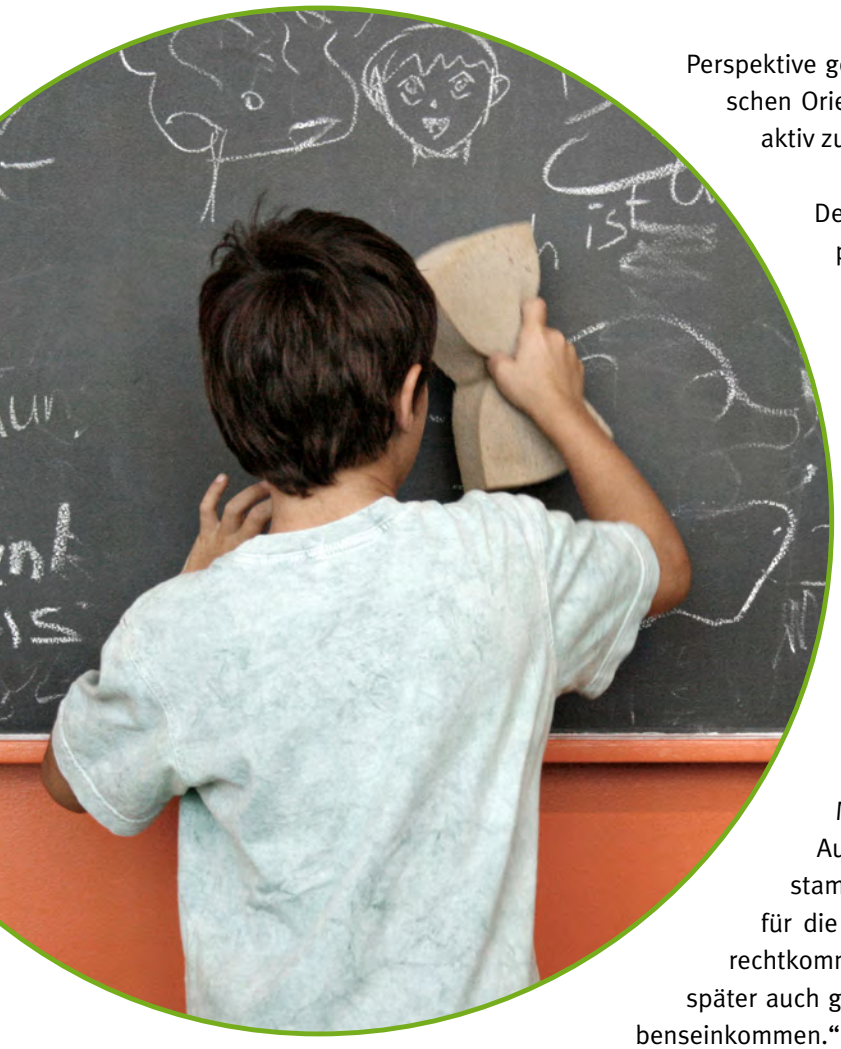
Wolfgang Schröer kritisiert in diesem Zusammenhang unter Bezugnahme auf den Leitsatz, sich an der Lebenslage Jugend zu orientieren, die Jugendpolitik beziehungsweise Jugendhilfepolitik. Er formuliert konkret: „Zu sehr ist die Kinder- und Jugendhilfe von dem aktuellen bildungspolitischen Fokus auf die Kindheit und von organisationalen, regionalen sowie fiskalischen Erwägungen eingenommen, sodass sie es vielerorts kaum riskieren will, auch noch ihr Bild von der Jugend überprüfen und möglicherweise veränderte Herausforderungen wahrnehmen zu müssen. Im Ergebnis findet dadurch eine tendenzi-

elle Entkoppelung der Kinder- und Jugendhilfe von den Entwicklungen um die Lebenslage Jugend statt." (Schröer 2011, S. 6) Er rüttelt hier an dem professionell vorherrschenden Bild von Jugend und fordert eine professionelle und politische Selbstkritik in der Auseinandersetzung mit den sich verändernden Bildern von Jugendlichen und von jungen Erwachsenen. Verwiesen wird auf die vielfältigen biografischen Herausforderungen, „die beim Übergang in Arbeit und Selbständigkeit gegeben sind und gerade Jugendliche besonders fordern, die von sozialer Benachteiligung oder anderen Beeinträchtigungen betroffen sind. Aber es wird auch danach gefragt, wie die Kinder- und Jugendhilfe auf die Jugendarmut und die soziale Spaltung der Jugend reagieren will." (Schröer 2011, S. 6)

Das Jugendgesicht der Armut – Lebenslagen und Lebenswelten

„Armut in Deutschland hat ein jugendliches Gesicht" (Ploetz 2013, S. 11), die Daten des Statistischen Bundesamtes sind hier eindeutig. So ist die Armutsgefährdung junger Menschen zwischen 18 und 25 Jahren in den vergangenen Jahren weiter angestiegen und betrug im Jahr 2011 23,4 Prozent. Das Armutsrisiko der unter Achtzehnjährigen liegt bei 18,9 Prozent (vgl. ebd.). Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von etwa 20 bis 25 Jahren bilden mittlerweile die am stärksten von Armut betroffene Altersgruppe in Deutschland. Doch während die Armut von Kindern ein breit diskutiertes und öffentliches Thema darstellt, fällt es gesellschaftlich offensichtlich immer noch schwer, Jugendarmut als Problem und Herausforderung überhaupt wahrzunehmen beziehungsweise anzuerkennen. Die geringe Präsenz von Jugendarmut in der Öffentlichkeit überrascht angesichts der vorliegenden aktuellen Zahlen, und der starke Anstieg der Armut von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist ein sowohl in der Forschung wie sozialpolitisch nicht hinreichend beachtetes Phänomen (vgl. Ploetz/Kalmring 2013).

Was macht nun die Armut mit Mädchen und Jungen, die sich auf dem Weg ins Erwachsenenleben, auf der Suche nach einer eigenen Identität und Berufsbiografie befinden? Wie gehen junge Menschen damit um, wenn sie spezifische Freiräume des Jugendalters gar nicht haben? Und welche Freiräume wären hier nötig, welche Ressourcen braucht man, um diese zu gestalten? Wie fühlen sich ausgegrenzte Jugendliche, und was sind die besonderen Herausforderungen, wenn es um das Jugendgesicht der Armut geht? In manchen Teilen der Republik, so im Osten, ist laut Schätzungen der BAG KJS ein Drittel der Jugendlichen von Armut betroffen. Besonders schwierig ist es für diese Heranwachsenden, ein selbstbestimmtes Leben oberhalb der Armutsgrenze zu führen und Erfahrungen von Überflüssigkeit, Exklusion und frühzeitigem Ausschluss entgegenzuwirken. Junge Menschen wollen und müssen ihren Weg in ein selbstbestimmtes Leben finden; doch die überdurchschnittlich stark von Armut betroffenen jungen Menschen sind von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen (Groh-Samberg 2013). Neben den finanziellen Aspekten, die Armut beschreibbar machen, erfahren junge Menschen soziale und emotionale Belastungen, die eine gesellschaftliche Teilhabe erheblich erschweren. Diese Dimensionen von Armut werden oft nicht erkannt. Durch wiederkehrende Erfahrungen, nicht gebraucht zu werden, ausgegrenzt zu sein, oder keine Wertschätzung zu erfahren, ist das Leben dieser jungen Menschen häufig von Motivationslosigkeit und einer mangelnden



Perspektive geprägt. Ziel muss es jedoch sein, allen jungen Menschen Orientierung zu geben und sie zu befähigen, ihr Leben aktiv zu gestalten.

Der 14. Kinder- und Jugendbericht beschäftigt sich expliziter mit der Gruppe der Jugendlichen und vor allem auch der Gruppe der jungen Erwachsenen als vorangegangene Berichte. Ein Blickpunkt richtet sich in diesem Rahmen auf die Jugendarmut. Olaf Groh-Samberg formuliert in seiner Expertise zum 14. Kinder- und Jugendbericht eine differenzierte Analyse zur Entwicklung und Struktur von Jugendarmut und stellt fest: „Die Armutsrisiken in der Altersgruppe der Fünfzehn- bis Dreißigjährigen und darunter insbesondere der 20- bis 25-jährigen Personen sind in Deutschland so hoch, wie in keiner anderen Altersgruppe, und sie sind auch in den letzten 25 Jahren, vor allem in den letzten zehn Jahren mit am stärksten gestiegen. Ein Teil dieser von Armut betroffenen jungen Menschen, etwa ein Viertel, sind Studierende oder Auszubildende, die aus wohlhabenden Elternhäusern stammen, aber nicht mehr bei ihren Eltern wohnen und für die Zeit ihrer Ausbildung mit weniger Einkommen zurechtkommen müssen. Diese jungen Menschen haben dann später auch gute Chancen auf einen guten Job und ein hohes Lebenseinkommen.“ (Groh-Samberg 2013, S. 30). Diese Beschreibung verdeutlicht die Subjektivität und zeitliche Dimension von Armutsgrenzen und daran gebundene Lebensperspektiven. Ein geringerer Teil junger Erwachsener verlässt biografisch bedingt und begrenzt die Armutsphase und verfolgt andere Perspektiven, nach Groh-Samberg hat dieses Lebensphasen-Phänomen nicht zugenommen. „Der weitaus größte Teil der von Armut betroffenen jungen Menschen stammt aus unteren sozialen Schichten und ist mit dem Problem geringer Qualifikation, hoher Arbeitslosigkeit und prekärer Arbeit konfrontiert.“ (Groh-Samberg 2013, S. 31).

> *Die eingeschränkten Bewältigungsspielräume der Jugendlichen müssen jugend- und sozialpolitisch thematisiert werden.*

Ein großes Problem ist der Anteil der armen jungen Erwachsenen, die sich weder in (Aus-)Bildungs- noch in Arbeitsprozessen befinden. Besonders alarmierend ist hier laut Groh-Samberg die Beschreibung der hohen Pfadabhängigkeit der Armut im Lebensverlauf, die sich trotz der Gruppe der Studierenden mit ihren stark lebensphasenspezifischen Armutsrisiken insgesamt sehr deutlich zeigt. „Die materiellen Risiken in dieser sensiblen Übergangsphase ins Erwachsenenalter bleiben nicht folgenlos für den weiteren Lebensverlauf, auch wenn das Armutsrisiko ab einem Alter von etwa 30 Jahren auf einem weitgehend konstanten Niveau von etwa elf bis zwölf Prozent verharrt. Auch wenn man in Rechnung stellt, dass einige junge Erwachsene, die sich mit ihrem eigenen Haushalt in Einkommensarmut befinden, materiell von ihren wohlhabenderen Eltern unterstützt werden, bleibt es dabei, dass die Armut in dieser Altersgruppe

signifikant zugenommen hat und deutlich über dem Durchschnitt der Bevölkerung liegt. Diese überproportionale Zunahme der Armut junger Menschen lässt sich nicht auf einen Wandel der Übergangsmuster – wie frühere Auszüge, steigende Studierendenzahlen oder sonstige Veränderungen der hier betrachteten Einflussfaktoren – zurückführen. Neben der generellen Problematik einer Verfestigung von Armut in Deutschland, die dazu führt, dass arme Menschen immer weniger Chancen haben, ihre Armut wieder zu verlassen, schlagen hier wohl insbesondere die für Berufseinsteiger und Berufseinsteigerinnen und Geringqualifizierte zunehmend prekären Arbeitsmarktverhältnisse durch“ (Groh-Samberg 2013, S. 31). Die Berufsorientierung ist für arme beziehungsweise mehrfach benachteiligte Jugendliche weniger Identitätsarbeit als Anpassung an geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Sie ist ein wesentlicher Faktor bei der veränderten Betrachtung der Entwicklung von Jugend – auch als Entwicklungsphase. Es geht hier für die Jugendlichen nicht mehr darum zu überlegen, was möchte ich gerne werden, sondern es geht darum zu überlegen, wo habe ich Chancen, wo kann ich überhaupt unterkommen. Solche Überlegungen prägen schon früh die Schullaufbahn, die Orientierungsmöglichkeiten, Chancen und auch die professionelle sozialpädagogische Begleitung von Jugendlichen, gerade in Armutssituationen.

Thematisch steht also im Rahmen von Jugendarmut, bei der Frage des Erlebens von Jugendarmut, der immer komplizierter werdende Übergang in die Arbeitswelt im Mittelpunkt, ebenso wie der Umstand, dass langfristige Entscheidungen aufgeschoben werden und die Zeit der ökonomischen Abhängigkeit sich weiter ausdehnt. Insbesondere für junge Frauen gilt hier immer stärker: Der Eintritt in die Arbeitswelt dauert länger und gleichzeitig „tickt die biologische Uhr“. Für die Berufsbiografie und die Lebensplanung bedeutet das: Die Unsicherheit wird zur Grunderfahrung, brüchige und diskontinuierliche Erwerbsbiografien werden eher zur Regel. Die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen im europäischen Vergleich macht deutlich, dass in Deutschland Jugendliche zwar weitaus weniger Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben als anderswo in Europa. Fast überall in Europa gestaltet sich der Einstieg ins Berufsleben für Jugendliche außerordentlich schwierig. Am schlechtesten sind die Arbeitsmarktperspektiven für junge Leute in Griechenland und Spanien; die Länder verzeichnen aktuell nach Angaben des Statistikamts der EU (Eurostat) eine Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen von rund 58 beziehungsweise 56 Prozent. Auch in Italien, Irland, Ungarn und sogar in

Schweden bemühen sich extrem viele junge Leute vergeblich um einen Job. Relativ gut standen zuletzt lediglich Deutschland, Österreich und die Niederlande da – dort liegt die Jugendarbeitslosigkeit aktuell immerhin unter zehn Prozent (Eurostat 2013). Doch die Schere zwischen arm und reich geht nicht nur in Griechenland oder Spanien weit auseinander. Auch die Jugend in Deutschland ist betroffen. Und es gibt hier wie da ein hohes Sicherheitsbedürfnis unter den Jugendlichen und den jungen Erwachsenen. Der Umgang mit biografischer Unsicherheit wird zur Schlüsselaufgabe. Eltern und Familie gelten in einem hohen Maß als wichtige Stütze, was in Bezug auf Entwicklungsherausforderungen in der Jugendphase nicht unproblematisch ist (vgl. Laubstein/ Dittmann/ Holz 2011).

> *Die Freiheit von Menschen bemisst sich daran, welche Fähigkeiten sie im sozialen Raum ausüben.*

Festzuhalten ist abschließend: Armut ist bei Jugendlichen schon lange kein Randphänomen mehr, viele Einzelschicksale verbergen sich hinter den Zahlen und spezifische gesellschaftliche Faktoren zeichnen die Armut junger Leute besonders aus. Welche politischen Instrumente sind nun denkbar, um diesen Problemen gerecht zu werden und Jugendlichen wieder eine Zukunft zu eröffnen? Und welche Rolle spielt hier bei der Entwicklung von Bewältigungskonstellationen insbesondere die Jugendhilfe?

Jugendarmut: Herausforderungen und Perspektiven für die Jugendhilfe

Nicht nur bei der Bewältigung von Jugendarmut müssen die Jugend(en) und ihre Altersphasen zu den gesellschaftlichen Herausforderungen ins Verhältnis gesetzt werden. Wie wird hier nun das Verhältnis von Jugend und Übergang vor dem Hintergrund sozialer Ausgrenzung neu bestimmt? Was bedeutet das als Herausforderung, als Perspektive für die Jugendsozialarbeit beziehungsweise die Jugendhilfe? Was verbirgt sich hinter Schlagwörtern wie „Hilfe zur alltäglichen Lebensbewältigung“, „Teilhabe ermöglichen“, „Übergänge gestalten“? Und wie kann die Jugendsozialarbeit möglichst mit Jugendlichen zusammen verstärkt zu deren Ermächtigung beziehungsweise Befähigung und damit zur Gestaltung des eigenen Lebens beitragen?

Zunächst erscheint es dringend notwendig, dass die Kinder- und Jugendhilfe beziehungsweise die Jugendsozialarbeit die Jugendphase in ihrer gesamten Ausdehnung wahrnimmt und das junge Erwachsenenalter „stärker als bisher in den Horizont der Unterstützungsangebote rückt“ (Schröer 2011, S. 14). Damit würde auch die Kinder- und Jugendhilfe auf die Verlängerung von Jugend und deren zeitliche Entgrenzung reagieren. Parallel muss das Bild von Jugend reflektiert werden, das der Kinder- und Jugendhilfepolitik zugrunde liegt. Jugendarmut und die damit verbundenen eingeschränkten Bewältigungsspielräume der Jugendlichen müssen auf dieser Basis jugendpolitisch und sozialpolitisch thematisiert werden. Und es muss darauf hingewiesen werden, dass eine Vielzahl wenig gesicherter Lebenslagen für Jugendliche und damit „jugendliche Zonen der Verwundbarkeit“ (Castel 2000) entstehen. Hier stellt sich im Anschluss die Frage, „wie in unserer Gesellschaft die Sorge, Erziehung, Bildung von Jugendlichen institutionell abgesichert und welche Bedürfnisse und Formen der alltäglichen Lebensbewältigung von Jugendlichen durch die Kinder- und Jugendhilfe anerkannt werden“ (Schröer 2011, S. 14).

Eigene Bedürfnisse zu erkennen, Ziele für das eigene Leben zu entwickeln und gleichzeitig genügend Motivation aufzubringen, diese zu verwirklichen, ist für junge Menschen mit Armutserfahrungen eine enor-

me Herausforderung. Für viele ist dieser Prozess mit der Volljährigkeit noch nicht abgeschlossen. Um diese Menschen adäquat unterstützen zu können, bedarf es langfristiger sozialpädagogischer Konzepte. Kurzfristige Projektförderungen sind bei der Unterstützung dieser Personengruppe kontraproduktiv und verhindern den Aufbau verlässlicher Beziehungen, die für eine erfolgreiche Arbeit unerlässlich sind. Vor allem aber braucht es das Bewusstsein für die Lebenslage betroffener junger Menschen und den gesamtgesellschaftlichen Willen, von Jugendarmut betroffenen Menschen Mut zum selbstständigen Gestalten ihrer Zukunft zu machen. „Insgesamt bedarf es einer offenen Jugendarbeit, die Raum für Jugendliche zur Verfügung stellt, ihre Handlungsfähigkeit zu erweitern, Selbstwert und Anerkennung in der Jugendarbeit zu erhalten. Es geht dabei auch darum, das Thema Armut zu enttabuisieren. Der Umgang mit Geld, der Umgang mit Schulden, mit geringen Möglichkeiten sollte angesprochen werden ohne sie als Armutsgefährdete zu stigmatisieren." (Schröer/ Krisch 2010, S. 50) Neben dem Umgang mit Geld und den Übergängen in die Erwerbsarbeit wird in Zusammenhang mit der Jugendarmut immer wieder auf die Bedeutung von Bildung hingewiesen, nicht zuletzt weil sich die Erwerbsbiografie eines jungen Menschen heute vor allem durch das Erringen von Bildungszertifikaten entscheidet.

Auch wenn Armut mehr ist als materielle Armut, geht es nicht ohne finanzielle Unterstützung – bei gleichzeitiger Finanzkompetenz von Jugendlichen. Auch hier geht es wieder um eine ganzheitlich orientierte Persönlichkeitsbildung in Richtung Selbstwertgefühl, Selbstwirksamkeit, Eigenständigkeit, Frustrationstoleranz und Autonomie, in deren Rahmen die Kompetenzentwicklung der Jugendarbeit wichtig ist (vgl. Münchmeier 2002).

Ist gesellschaftliche Teilhabe für Alle möglich? Und welche Rolle spielt hier die Jugendsozialarbeit?

Aktuell werden neue Anforderungen und Erwartungen aus dem Bildungs- und Erwerbssystem an Jugendliche und junge Erwachsene herangetragen, und die Frage nach möglicher gesellschaftlicher Teilhabe für alle und die Rolle von Jugendsozialarbeit in diesem Rahmen erscheint vor den gegenwärtigen Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit und mit dem Blick auf gesellschaftliche und politische Grenzen, wenn es um gesellschaftliche Teilhabe geht, nur bedingt folgerichtig. Die Voraussetzungen von Teilhabemöglichkeiten im Rahmen von Gesellschaft sind an politische Vorgaben gebunden, und jugendpolitische Perspektiven beziehen sich gegenwärtig vor allem auf den Übergang von jungen Menschen in den Arbeitsmarkt und das institutionalisierte Bildungssystem. „In der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik wird der junge Mensch vor allem als Selbstverwerter seines Humankapitals gesehen. In dieser Perspektive ist letztlich entscheidend, wer welche Zugänge zu den Ressourcen hat, die für die Ausbildung seines Humankapitals entscheidend sind. Soziale Gerechtigkeit wird in diesem Zusammenhang häufig einerseits biografisiert und andererseits zu einer Frage der individuellen potenziellen Nutzungsmöglichkeit von

Ressourcen im positionalen Wettbewerb (...). Aus der Lebenslagenpolitik ist so sukzessive eine soziale Benachteiligungs- und Befähigungspolitik (...) geworden." (Schröer 2011, S. 15)

Ein anderer Zugang, sich Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe Heranwachsender, Fragen gesellschaftlicher Gerechtigkeit und einer möglichen Rolle von Jugendsozialarbeit in diesem Zusammenhang zu nähern, ist der Capability-Ansatz des indischen Ökonomen und Nobelpreisträgers Amartya Sen und der US-amerikanischen Philosophin Martha Craven Nussbaum, der die theoretische Folie des vorletzten Armuts- und Reichtumsberichts bildet (BMAS 2008). Die entsprechenden internationalen Debatten über die Fragen eines guten Lebens – „Well-Being" als gelingende praktische Lebensführung und Lebensqualität – sind durch Sen und Nussbaum gerechtigkeitstheoretisch insbesondere so begründet worden, dass ein gutes Leben immer auch als ein soziales Projekt begriffen werden muss. In Abgrenzung von tradierten Vorstellungen einer Leistungs- oder Verteilungsgerechtigkeit sind die Befähigung zu einem guten Leben, die Lebenschancen und die Lebensqualität, die sich Personen im sozialen Raum tatsächlich eröffnen, die zentralen Inhalte des Capability-Approaches. Die Intentionen einer hierauf bezogenen Politik der Gerechtigkeit sind daran ausgerichtet, durch die Bereitstellung und Sicherung von Grundbefähigungen dafür Sorge zu tragen, dass Menschen in die Lage versetzt werden, in ihrer Lebensführung Wahlmöglichkeiten wahrnehmen oder ausschlagen zu können. Demnach bemisst sich die Freiheit von Menschen daran, welche Fähigkeiten sie im sozialen Raum ausüben beziehungsweise ob sie in der Lage sind, ihre Lebensweise selbst wählen zu können. Eine in diesem Sinne gerechte Gesellschaft löst als öffentliche Aufgabe die Verpflichtung ein, jedem Menschen „die materiellen, institutionellen sowie pädagogischen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, die ihm einen Zugang zum guten menschlichen Leben eröffnen und ihn in die Lage versetzen, sich für ein gutes Leben und Handeln zu entscheiden" (Nussbaum 1999, S. 24).

Die Soziale Arbeit und damit auch die Kinder- und Jugendhilfe stehen auf der Grundlage des Capability-Approaches vor der Herausforderung, „eine relationale Perspektive zu entwickeln, die es erlaubt, den materiell, kulturell und politisch-institutionell strukturierten Raum gesellschaftlicher Möglichkeiten in Beziehung zum akteursbezogenen Raum der individuellen Handlungs- und Selbstaktualisierungsfähigkeiten ihrer AdressatInnen zu setzen" (Otto/Ziegler 2008, S. 12). Folgt man dieser Herausforderung, dann zeigt sich der Capability-Approach in einer erstaunlichen Dynamik letztendlich auch für eine Bewältigung des Themenbereichs Jugendarmut, im Sinne der Bewältigung struktureller sozialer Ungleichheiten und zur Förderung individueller Teilhabemöglichkeiten, unter besonderer Bezugnahme auf die Jugendsozialarbeit. „Eine Politik der Gerechtigkeit begreift Institutionen wie z. B. die Kinder- und Jugendhilfe als Ermöglichungsräume gesellschaftlich bedingter Chancen durch das Soziale und nicht als Repräsentanten der Ökonomisierung des Sozialen. In diesem Sinne wäre dann ein gerechtes Aufwachsen und dessen Gestaltung durch die Kinder- und Jugendhilfe tatsächlich möglich!"(Böllert 2008)

Von Sabine Toppe

Armut innerhalb und außerhalb der Geldbörse

Der Jesuit Friedhelm Hengsbach war Professor für Christliche Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main und leitete das Oswald von Nell-Breuning Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik, dem er weiterhin seine Expertise zur Verfügung stellt. In seinem Beitrag geht er mit den politischen Ursachen von Armut ins Gericht und fordert eine neue gesellschaftliche Balance.

Armut ist politisch verursacht. Arme Menschen leben am unteren Ende einer Skala, die nach Einkommen und Vermögen sortiert ist. An deren oberem Ende sind Wohlhabende und extrem Reiche platziert. Doch die Schere einer polarisierten Gesellschaft, die sich seit Beginn des Jahrhunderts auffällig geöffnet hat, ist kein Naturereignis. Sie wird im Rahmen einer marktradikalen wirtschaftsliberalen Dogmatik so erklärt: Die Menschen sind nun einmal sehr unterschiedlich. Die einen sind talentiert, sie strengen sich an, steigen in höhere Positionen auf, tragen erheblich mehr an Verantwortung und zählen zu den sogenannten Leistungsträgern, die wirtschaftliche Werte schaffen. Andere dagegen sind weniger begabt und strengen sich weniger an. Sie können nicht erwarten, dass sie von der Gesellschaft anerkannt und belohnt werden. Folglich ist eine Gesellschaft, die auf persönliche Talente und Anstrengungen unterschiedlich reagiert, in der Einkommen und Vermögen unterschiedlich verteilt sind, eine gerechte Gesellschaft.

Die finanz- und steuerpolitischen Entscheidungsträger sind solchen bürgerlichen Legenden gefolgt und haben die beobachtete Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung verursacht. Wohlhabende und extrem Reiche wurden steuerlich begünstigt, die breite Bevölkerungsschicht wird dagegen belastet.

Dem widerspricht die öffentliche Propaganda nicht, dass die obersten zehn Prozent der Haushalte zur Hälfte des gesamten Steueraufkommens beitragen, denn diese Aussage bezieht sich nur auf die Einkommensteuer. Wer ein hohes Einkommen bezieht, zahlt auch relativ viel Einkommensteuer. Man muss aber auch berücksichtigen, dass die Mehrwertsteuer die Masse der Bevölkerung trifft. Die Umkehrung der relativen Anteile der Lohneinkommen und der Gewinneinkommen sowie die Umschichtung der Anteile der Einkommen- und der Mehrwertsteuer am gesamten Steueraufkommen haben ebenfalls zu der Schieflage und der sich öffnenden Schere beigetragen.

Die steuer- und finanzpolitischen Entscheidungen wurden um die Jahrhundertwende von den Parteispitzen sowohl der CDU/CSU als auch der SPD normativ legitimiert. Sie stießen eine öffentliche Debatte an, dass die Bevölkerung sich von dem herkömmlichen Begriff der Verteilungsgerechtigkeit verabschieden solle, weil dieser den Herausforderungen der Globalisierung, des demographischen Wandels und der technischen Entwicklung nicht mehr gewachsen sei. An dieser Debatte hatten sich Gerhard Schröder, Olaf Scholz, Wolfgang Clement, Dieter Althaus, Angela Merkel und Friedrich Merz intensiv beteiligt. Die neue Gerechtigkeit heiße Chancengleichheit. Dies bedeute, dass der Staat lediglich eine Startlinie für den Wettlauf zieht und pfeift, damit es losgeht. Aber während des Laufs solle er sich heraushalten und vor allem die langsamer Laufenden nicht besonders unterstützen. Diejenigen, die gut trainiert haben und schnell sind, werden siegen, die weniger trainiert haben und weniger talentiert sind, scheiden aus dem Rennen aus. Folglich sollte die Leistungsgerechtigkeit die herkömmliche Verteilungsgerechtigkeit ablösen. Denn sie sei die Gerechtigkeit des Marktes, der Leistungen belohnt und Versagen bestraft. Wie ein Unternehmer, der solche Produkte auf den Markt bringt, die gekauft werden, weil sie den Bedürfnissen der Kunden entsprechen, durch Gewinne belohnt wird, während derjenige, dessen Produkte die Kunden verweigern, durch Verluste bestraft wird. Die Marktgesetze gelten für alle Teile der Gesellschaft, für Schulen, Krankenhäuser, Jugendzentren und Sozialstationen. Auch Eltern gehen behutsam mit den Kindern um, damit die Kinder später ihre Eltern pflegen. Alle menschlichen Beziehungen lassen sich also durch Tauschregeln erklären, meinten die parteipolitischen Eliten.

Neben der Verantwortung, die den politischen Entscheidungsträgern für die Armut in einem reichen Land zuzurechnen ist, spielen die großen Erzählungen, die während der vergangenen vierzig Jahre die öffentliche Meinung geprägt haben, eine erhebliche Rolle. Es sind die drei marktradikalen wirtschaftsliberalen Glaubenssätze, dass man erstens auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertrauen könne, weil der Tausch die optimale Steuerungsform aller menschlicher Beziehungen sei, weil der Markt die Interessen der Tauschpartner optimal ausgleiche und weil der Tausch beide Seiten zufrieden mache. Die Marktgerechtigkeit stelle die höchste Form der Gerechtigkeit dar. Der zweite Satz lautet, dass der schlanke Staat der beste aller möglichen Staaten sei. Er solle sich der Eingriffe in das Marktgeschehen möglichst enthalten sowie vor allem die privaten Einkommen und Vermögen nicht antasten. Der dritte Satz bezieht sich

auf die Notenbank. Wenn diese die Inflation rigoros bekämpft, sind wirtschaftspolitische Maßnahmen an anderer Stelle überflüssig.

Die politischen Entscheidungsträger unter Kanzler Helmut Kohl, aber noch mehr unter Gerhard Schröder haben diese Forderungen gesetzlich verankert. Sie beriefen sich auf ökonomische Experten, die den so genannten Arbeitsmarkt als die Stellgröße gesellschaftlicher Reformen identifizierten. Die Sozialstaatsfalle müsse aufgelöst werden, die darin besteht, dass die untersten Tariflöhne nicht unter das Niveau der Sozialleistungen sinken können. Folglich könne ein authentischer Marktlohn nicht entstehen. Dieser wird durch die Grenzproduktivität des zusätzlich eingestellten Arbeiters oder der zusätzlich geleisteten Arbeitsstunde definiert: Die Kosten eines solchen Arbeiters oder einer solchen Arbeitsstunde dürfen nicht höher sein als der dadurch erzielte Wert des Arbeitsergebnisses. Der Versuch, in einem arbeitsteiligen Prozess eine individuelle Arbeitsleistung einem kollektiven Arbeitsergebnis präzise zuzuordnen, ist natürlich ein vergebliches Bemühen. Tatsächlich werden Löhne nicht durch mathematisch-technische Modelle, sondern durch Tarifverhandlungen ermittelt.

Die Milieuforschung hat zumindest mittelbar zu der gesellschaftlichen Polarisierung beigetragen. Der „Abschied vom Proletariat“ ist 1980 von André Gorz behauptet worden, aber bereits 1963 hatte Helmut Schelsky den Begriff von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ geprägt, insofern vertikale Ungleichheiten im System einer sozialen Marktwirtschaft eigentlich nicht mehr vorkommen. Folglich mag es verständlich sein, dass Sozialwissenschaftler dem theoretischen Konzept einer Klassen- bzw. Schichtengesellschaft immer mehr misstrauten und sich auf die Beschreibung gesellschaftlicher Milieus verlegten. Die Analyse vertikaler Ungleichheiten trat in den Hintergrund, während unterschiedliche Wertvorstellungen, Lebensstile, Altersgruppen und kulturelle Vorlieben der Bevölkerung in den Brennpunkt der Forschung gerieten. Dennoch erinnerten die weit verbreiteten Sinus-Studien weiterhin an die Schichtenunterschiede, wurden jedoch immer unschärfer zuerst in Oberschicht, Mittelschicht und Unterschicht, dann jedoch in obere/mittlere/untere Oberschicht, in obere/mittlere/untere Mittelschicht und in obere/mittlere/ untere Unterschicht, also in neun Schichten ausdifferenziert. Am Ende waren präzise Klassen- oder Schichtengrenzen eliminiert. Bis neuerdings die Renaissance der Theorie einer pluralistischen Klassengesellschaft wieder erkennbar wird, weil trotz der Existenz gesellschaftlich pluraler Milieus sich relativ geschlossene, nach Merkmalen von Einkommen und Vermögen, gesellschaftlicher Position, Bildung und informellen Beziehungen definierte Klassen herausgebildet haben.

> *„Die Marktgesetze gelten für alle Teile der Gesellschaft, für Schulen, Krankenhäuser, Jugendzentren und Sozialstationen.*

Die informationsgestützten Finanzmärkte, sie sich tendenziell von der Realwirtschaft abgelöst hatten und zu einem hegemonialen Regime aufgestiegen waren, haben dem skizzierten Druck bürgerlicher Initiativen, wirtschaftswissenschaftlicher Experten und der Milieuforschung schließlich eine überwältigende monetäre Dynamik verliehen. Der frühere Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Rolf-Ernst Breuer hat dies zu Beginn des Jahrhunderts in einem programmatischen Artikel der Wochenzeitung „Die Zeit“ mit einer rhetorischen Frage so formuliert, ob die Finanzmärkte nicht die fünfte Gewalt in der Demokratie seien. Seine Antwort: Es wäre gar nicht schlecht, wenn die nationalen Regierungen sich in das Schlepptau

der Finanzmärkte begeben würden, denn die täglichen millionenfachen Entscheidungen der Kapitaleigner seien ein besseres Signal dafür, was vernünftige Politik ist, als die vierjährigen Parlamentswahlen. Vernünftige Politik in den Augen der Finanzmärkte seien: Steuern senken, Natur- und Sozialabgaben senken, die Löhne moderat sich entwickeln lassen, die Gewerkschaften in Schach halten und möglichst wenig Umverteilung organisieren.

> *Wie die Hartz IV-Empfänger behandelt werden, ist oft entwürdigend und verletzt freiheitliche Grundrechte.*

Im Zug der Banken- und der so genannten europäischen Schuldenkrise hat sich eine grandiose Legende gebildet: Die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Gesetze einschließlich der Hartz IV-Regelungen der Agenda 2010 hätten jenes deutsche Jobwunder hervorgezaubert, worum die südeuropäischen Länder die deutsche Wirtschaft beneiden. Dabei hatte der Sachverständigenrat für die wirtschaftliche Entwicklung 2006 festgestellt, dass der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland durch die weltwirtschaftliche Belebung verursacht worden sei. Im darauf folgenden Jahr wurde bekräftigt, dass es der weltwirtschaftliche Schwung sei, der die Nachfrage nach deutschen Gütern habe ansteigen lassen. Nur in einem Nebensatz wurde die Vermutung geäußert, dass vielleicht auch die Agenda 2010 dazu einen Beitrag geleistet habe. Dieser Satz rechtfertigt jedoch nicht, die Agenda 2010 als das große Erfolgsmuster zu propagieren, durch das die südeuropäischen Länder gesunden werden.

Krankmachende Armut

Personen, die von Armut oder vom Armutsrisiko betroffen sind, werden häufiger krank, haben häufiger zahnmedizinische Probleme, sind mehr als andere von Herzinfarkt, Schlaganfall, Diabetes und chronischer Bronchitis gefährdet, sterben früher als Nichtarme. Die Lebenserwartung armer Frauen ist um acht Jahre, die armer Männer um 11 Jahre geringer als die des Durchschnitts der Bevölkerung. Arme verschieben dreimal so häufig einen nötigen Arztbesuch. Sie haben einen höheren Bedarf an ärztlichen Leistungen, ihnen fehlt jedoch das Geld, um die nicht verschreibungspflichtigen Medikamente sowie die Hilfsmittel etwa gegen Husten, Zerrungen, Kopfschmerzen, Physiotherapien und Brillen zu bezahlen. Sie verlieren mit der Zeit das Interesse an einer gesundheitsbewussten Ernährung, an der Gesundheitsvorsorge und der Pflege sozialer Kontakte.

Alarmierend ist die im Vierten Armuts- und Reichtumsbericht genannte Zahl von 2 Millionen Kindern unter 15 Jahren, die in Hartz IV-Haushalten leben. Jedes siebte Kind lebt demnach in Armut, ohne dass eine Dunkelziffer von fast 50 % berücksichtigt wird. Insofern die Kinder die größte Armutsgruppe bilden, ist die Rede von der Infantilisierung der Armut berechtigt. Wie wirkt sich die Armut der Kinder auf deren Gesundheit aus? Arme Kinder sind überdurchschnittlich von Krankheiten betroffen, bei denen eine Wechselwirkung zwischen seelischer, körperlicher und sozialer Belastung auftritt: Seh- und Sprachstörungen sowie Gehörschäden, psychosomatische Beeinträchtigungen, zahnmedizinische Probleme, Karies und Zahnfleischentzündungen, Unfallverletzungen, Verbrennungen, Verkehrsunfälle und Übergewicht.

Bei armen Jugendlichen sind Schlafstörungen, Kopf- und Magenschmerzen auffällig, das Empfinden von Einsamkeit, aus der Gruppe Gleichaltriger ausgeschlossen zu sein, Depressionen und Selbsttötungsgedanken. Ihr Verhalten ist durch Bewegungsmangel, Fehlernährung, Alkohol- und Drogenkonsum und überdurchschnittliches Fernsehen gekennzeichnet. Zahnpflege, sportliche Aktivitäten, Obst, Gemüse und Salat werden gemieden; sie gehen ohne Frühstücksbrot zur Schule. Sie ziehen sich aus sozialen Kontakten zurück.

Wege aus der Armut

Wenn es brennt, besteht die erste Pflicht nicht darin, die Brandursachen zu untersuchen und die Brandstifter zu verfolgen, sondern darin, das Feuer einzudämmen. Kinder und Jugendliche, die unter die Räuber gefallen sind, erwarten vom Sozialstaat, den Unternehmen und den zivilgesellschaftlichen Akteuren unmittelbare Begleitung, sozialpolitische Aufräumarbeiten, normative Überzeugungen und beschäftigungspolitische Perspektiven.

Um den gesundheitlichen Schäden armer Kinder und Jugendlichen zu begegnen bzw. diesen zuvorzukommen, sollten Ärztinnen/Ärzte, öffentliche Gesundheitsdienste sowie diakonische und caritative Einrichtungen lokal und regional zusammenarbeiten. Ärztinnen/Ärzte sollten in Kindergärten und Schulen häufiger präsent sein. Die aufsuchende Versorgung der Benachteiligten sollte verstärkt werden. Die Vernetzung von Hausärzten und Pflegediensten mit dem Personal der Familienhilfe und der Sozialarbeit könnte intensiviert werden. Ärztinnen und Ärzte, die sich in Problemgebieten und sozialen Brennpunkten der Städte niederlassen, sollten besondere Zuschüsse erhalten. Die Zuzahlungen und Medikamentgebühren sollten für benachteiligte Familien gestrichen werden.

Arme Familien mit einem besonderen Gesundheitsrisiko in ein gesundes Familienklima und soziales Netz einzubinden, ist eine dringende Aufgabe. Gesundheitlich besonders gefährdete Kinder brauchen eine Gruppe von Gleichaltrigen. Wohlwollende Kontakte zu Nachbarn und freundschaftliche Beziehungen im Kindergarten, in der Schule und in Vereinen können sie aus der Isolierung, die Krankheit und Armut erzeugt, herausholen. Beziehungsnetze und Freundschaften zwischen gleichaltrigen Jugendlichen aus anderen Familien lösen das Kreisen um sich selbst und die Erfahrung von Einsamkeit und Ausgrenzung.

Die Banken- und Schuldenkrise peripherer Staaten der Eurozone hat dazu geführt, dass in den politischen Entscheidungsprozessen eine Art „Blaulichtalarmismus“ vorherrscht. An wunde Stellen werden Pflaster verklebt oder Flicken angenäht, sowohl im Bereich der Agenda 2010 als auch anderer „Jahrhundertreformen“, die sich als nicht tragfähig erweisen. So wurden die Hartz IV-Regelsätze etwas angehoben. Ein Bildungspaket wurde auf den Weg gebracht. Die Zuschussrente sowie das Betreuungsgeld, das Pflegegeld und die staatliche Förderung der Pflegeversicherung werden diskutiert. Man merkt, da ist etwas schief gelaufen, also muss am äußersten Ende der Schlange etwas geschehen.

„Hartz IV muss weg“ – diese Parole, mit der 2005 die Proteste gegen die sozialpolitische Agenda begannen, hat wenig an Aktualität verloren. Die angeblichen Jahrhundertreformen sind keine Erfolgsgeschichte, auch wenn sie jetzt als Frühjahrsmärchen eines beispiellosen Jobwunders wiederbelebt werden. Langzeitarbeitslose in reguläre Arbeitsverhältnisse auf Dauer wieder einzugliedern, gelingt nur zu einem winzigen Bruchteil. Was als Eingliederungsvereinbarung auf gleicher Augenhöhe ausgegeben wird, ist ein Zwangs- und Gewaltverhältnis. Wie die Hartz IV-Empfänger behandelt werden, ist oft entwürdigend und verletzt freiheitliche Grundrechte.

„Es geht nicht, bei einem Rentenniveau von 43 % zu bleiben“, erklärt Malu Dreyer, die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz. Mit ihr meldet sich eine Generation von Politikerinnen zu Wort, welche die negativen Folgen der mehrmaligen Manipulation an der Rentenformel, die unter Rotgrün und Schwarzrot vorgenommen wurde sowie der sogenannten Riester-Rente nicht mehr hinnehmen will. Zwei Drittel der 14 Millionen Riester-Verträge erfüllen die Bedingungen nicht, 15 % davon ruhen, während der Staat 11 Mrd. Euro in diese private Altersvorsorge investiert hat. Die Riester-Rente ist wohl eher ein Mega-Geschäft der Finanzbranche, als dass sie dazu taugt, die sinkende gesetzliche Rente zu kompensieren. Gerade für diejenigen kommt sie nicht in Frage, die sie am dringendsten brauchen. Das Beitragsgeld, das für die Riester-Rente gezahlt wurde, sollte in die gesetzliche Rentenversicherung zurückgeschleust, die staatlichen Milliarden-Geschenke für diese Renten sollten eingestellt werden. Eine vergleichbare Zumutung ist die so genannte Zuschussrente. Erst etabliert der Gesetzgeber einen Niedriglohnsektor, um später eine Rente, die unterhalb der Armutsgrenze liegt, durch staatliche Finanzhilfen aufzustocken. Die Bedingungen, die genannt werden, um den Zuschuss zur gesetzlichen Rente zu erhalten, sind so streng, dass die meisten Rentnerinnen und Rentner sie nicht erfüllen. Sowohl die Riester- als auch die Zuschussrente sind das genaue Gegenteil einer allgemeinen Prävention der Altersarmut.

Die hohen Erwartungen eines lukrativen Gesundheitsmarkts für private Anbieter, die mit der Einführung der Pflegeversicherung entstanden, als der damalige Arbeits- und Sozialminister Blüm die privilegierte Kooperation des Sozialstaats mit den gemeinnützigen Wohlfahrtsverbänden aufkündigte, haben sich für die Patienten kaum erfüllt. Das Vertrauensgut Gesundheit ist eben keine Ware wie viele andere. Ein ruinöser Wettbewerb und eine betriebswirtschaftliche Kostenkalkulation haben eine massive Verdichtung der personennahen Dienste und einen rigiden Personalabbau erzeugt, Ärzte und Ärztinnen in einen Konflikt zwischen ihrem beruflichen Ethos und der Aufforderung der Geschäftsleitung, rentabel zu sein, getrieben, die Motivation des Pflegepersonals beschädigt und das persönliche und kommunikative Profil des Heilens, Aufrichtens und Begleitens einem industriellen Produktivitätsregime unterworfen.

Die propagierte kapitalgedeckte Privatisierung der Altersvorsorge hat sich spätestens in der Finanzkrise als fahrlässige Legende erwiesen. Zwei Jahre einer realwirtschaftlichen Belebung haben die Einnahmen der solidarischen Sicherungssysteme erheblich verbessert. Falls jedoch der Anteil der Arbeitseinkommen am gesamten Volkseinkommen tendenziell sinkt und der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen tendenziell wächst, ist die solidarische umlagefinanzierte Sicherung von der Erwerbstätigkeit abzulösen. Dann sollte jede Person, deren Lebensmittelpunkt im Geltungsbereich der Verfassung liegt, in eine einzige Solidargemeinschaft einbezogen und jedes Einkommen, das in diesem geografischen Raum entsteht, beitragspflichtig werden.

Die Erwartung armer Jugendlicher, dass die Gesellschaft ihnen Perspektiven eines gelingenden Lebens eröffnet, lassen sich nicht erfüllen, solange das Fahren auf Sicht oder die unmittelbare Reaktion auf brennende Herausforderungen den politischen Stil prägen. Die Rückbesinnung auf den Grundsatz der Gerechtigkeit als Gleichheitsvermutung scheint für eine demokratische Gesellschaft und die politischen Entscheidungsträger unverzichtbar zu sein.

Gerechtigkeit als Gleichheitsvermutung ist nicht zuerst eine Antwort auf die persönliche Frage nach einem gelingenden Leben, sondern auf die Frage, was wir in einer Gesellschaft der Gleichen einander schulden. Wenn moderne Gesellschaften um das individuelle Subjekt als ihr Zentrum konstruiert sind, dann ist der Bezugspunkt der Gleichheit die menschliche Person. Deshalb schulden sich die Mitglieder einer solchen Gesellschaft wechselseitig, jeder Person das gleiche Recht zuzugestehen, als Gleiche anerkannt und behandelt zu werden. Diese Antwort entspricht dem Kantischen Grundsatz der Selbstzwecklichkeit des Menschen, dem kategorischen Imperativ, den anderen Menschen niemals nur als Instrument, sondern immer zugleich als Zweck in sich selbst zu betrachten. Dieser Grundsatz moralischer Gleichheit lässt sich formal als das Recht auf Rechtfertigung gesellschaftlicher Verhältnisse wenden. Gesellschaftliche Verhältnisse einschließlich wirtschaftlich differenzierter Lebenslagen sind vor denen zu rechtfertigen, die am meisten davon betroffen, nämlich am wenigsten begünstigt sind.

Lebensperspektiven

Wenn die Mehrheit der Bevölkerung unter ihren Verhältnissen lebt, weil nicht nur zahlreiche materielle Bedürfnisse unerfüllt sind, sondern vor allem vitale Bedürfnisse – in einer gelingenden Partnerschaft auch mit Kindern, in einer intakten natürlichen Umwelt und einem freundlichen Wohnumfeld zu leben und souverän über die eigene Zeit zu verfügen, und wenn zahlreiche öffentliche Güter, etwa die Infrastruktur, die natürliche Umwelt, Bibliotheken, Schwimmbäder, Jugendzentren, Bildung, Gesundheit und Mobilität, das Energie- und Verkehrssystem sowie die Ernährungsweisen nur mangelhaft bereitstehen, ist die Schlüsselgröße zur Beteiligung am gesellschaftlichen Leben die Erwerbsarbeit und somit eine aktive Beschäftigungspolitik.

> *Gesellschaftliche Verhältnisse sind vor denen zu rechtfertigen, die am meisten davon betroffen, nämlich am wenigsten begünstigt sind.*

Aber wo und wie sollen neue Beschäftigungsfelder geschaffen werden? Nicht in der Industrie und im Export, sondern in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pflege, Kommunikation und Kultur – also als personennahe Dienste. Diese haben unverwechselbare Merkmale: Sie sind nicht speicherfähig wie ein Auto in der Garage oder ein Kühlschrank im Lager. Diejenigen, die sie in Anspruch nehmen, und diejenigen, die sie anbieten, müssen zum gleichen Zeitpunkt kooperieren und voneinander lernen; wenn die Schülerinnen und Patienten nicht mitmachen, läuft die Anstrengung des Lehrers oder der Ärztin ins Leere. Das Ergebnis personennaher Dienste ist etwa ein aufrechter Gang, eine eigenständige Lebensführung trotz Beeinträchtigungen oder eine Änderung des Lebensstils. Die Wertschöpfung personennaher Dienste ist von der Kaufkraft derer, die sie nachfragen, von einem gesellschaftlich festgestellten Bedarf oder von der Kompetenz derer, die sie anbieten, abhängig. Solche Kompetenzen müssen erst noch ausgebildet werden. Während in der Industrie die Kompetenzen des Wiegens, Zählens, Messens gefragt waren, werden in der im Bereich personennaher Dienste die Kompetenzen des Helfens, Heilens, Beratens und Spielens vorrangig. Solche Tätigkeiten sind überwiegend den „Vertrauensgütern“ zuzuordnen. Zwischen denen, die sie anbieten, und denen, die sie in Anspruch nehmen, besteht ein ungleiches Verhältnis der Kompe-

tenz. Die Nachfragenden sind darauf angewiesen, denen zu vertrauen, die diese Dienste anbieten. Sie brauchen außerdem eine Verhandlungsposition, die sie der Marktmacht der Anbieter nicht ausliefert. So gibt es bereits gute ökonomische Gründe dafür, diese Güter öffentlich bereitzustellen. Zudem gilt der Zugang zu solchen Gütern als verfassungsfestes Grundrecht. Was medizinisch notwendig ist sowie eine Grundbildung, die reale Chancengleichheit verbürgt, sollten jeder Bürgerin und jedem Bürger unabhängig von ihrer Kaufkraft zugänglich sein.

Mit dieser Option einer strukturellen Umschichtung von Beschäftigungsfeldern ist die aktuelle Schieflage der Verteilung von Arbeit und Lebenschancen angesprochen – sowie die Überwindung oder wenigstens Entschärfung der kapitalistischen Verteilungsregel. Gemäß dieser Verteilungsregel, die durch das primäre Machtgefälle von Kapital und abhängiger Arbeit bestimmt ist, werden drei Ressourcen, nämlich Arbeit, Umwelt und Gesellschaft (einschließlich der Fremdkapitalgeber) als Kostenfaktoren definiert und mit einem möglichst niedrigen Entgelt abgefunden, während der verbleibende Überschuss, der Reingewinn als das eigentliche Unternehmensziel definiert und demzufolge den Anteilseignern zugewiesen wird. So verfestigen die asymmetrischen Machtverhältnisse die relativ geringen Einkommensanteile der abhängig Beschäftigten, der natürlichen Umwelt sowie des Staates und der Gesellschaft an der wirtschaftlichen Wertschöpfung. Eine demokratiekonforme Verteilungsregel, die das Kapital des Unternehmens neutralisiert, würde dagegen den vier Ressourcen, die gemeinsam die unternehmerische Wertschöpfung erwirtschaftet haben, auch einen fairen Anteil an dieser Wertschöpfung zugestehen.

Mit einer demokratisch-solidarischen Einkommens- und Vermögensverteilung könnte eine sechsfache gesellschaftliche Balance der Lebensperspektiven erreicht werden: erstens zwischen der monetären und der realwirtschaftlichen Sphäre, zweitens zwischen dem Vermögen der öffentlichen Haushalte und dem der privaten Haushalte, drittens zwischen dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht von Überschuss- und Defizitländern bzw. zwischen hoch entwickelten und weniger entwickelten Ländern, viertens zwischen der Industriearbeit und den personennahen Diensten, fünftens zwischen der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen sowie der Erwerbsarbeit und der unbezahlten Arbeit in der Privatsphäre (Kinderbetreuung und Pflege älterer Menschen) oder im zivilen Engagement, sechstens zwischen den Ansprüchen der lebenden Generation und der Rücksichtnahme auf eine intakte natürliche Umwelt.

Verständlicher Weise sind derartige Lebensperspektiven weit entfernt von dem, was Sie in der Jugend- und Sozialarbeit unmittelbar berührt und bewegt. Aber ich erinnere mich sinngemäß an einen Satz Max Webers, den er politisch engagierten Studierenden auf den Weg mitgegeben hat, dass nämlich nur diejenigen die alltäglich vor ihnen liegenden Aufgaben bewältigen, die sich den Blick auf die Sterne am Himmel bewahrt haben.

Von Friedhelm Hengsbach SJ

Literatur- und Quellenverzeichnis

zum Artikel „Lebenslagen junger Menschen“ von Sabine Toppe

Seite 26-36

Böhnisch, Lothar (2008): Lebenslage Jugend, sozialer Wandel und Partizipation von Jugendlichen. In: Ködelpeter, Thomas/Nitschke, Ulrich (Hrsg.): Jugendliche planen und gestalten Lebenswelten: Partizipation als Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel. Wiesbaden, S. 25-40

Böllert, Karin (2008): „Gerechtes Aufwachsen durch Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen ermöglichen!“ http://www.dji.de/index.php?id=41717

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2012): 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2008): Lebenslagen in Deutschland – Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Entwurf des Bundesministeriums für Arbeit vom 19. Mai 2008, Berlin

Burzan, Nicole (2011): Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien, Wiesbaden, 4. (überarbeitete) Auflage

Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage, Konstanz

Du Bois-Reymond, Manuela (2007): Neues Lernen – alte Schule: eine europäische Perspektive. In: Tully, Claus J. (Hrsg.): Verändertes Lernen in modernen technisierten Welten. Organisierter und informeller Kompetenzerwerb Jugendlicher, Wiesbaden, S. 135-163

Groh-Samberg, Olaf (2013): Expertise zur Entwicklung und Struktur von Jugendarmut. In: Sachverständigenkommission 14. Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.): Materialien zum 14. Kinder- und Jugendbericht, München

Heinz, Walter R. (2011): Jugend im gesellschaftlichen Wandel: soziale Ungleichheiten von Lebenslagen und Lebensperspektiven. In: Krekel, Elisabeth M./Lex, Tilly (Hrsg.): Neue Jugend, neue Ausbildung? Beiträge aus der Jugend- und Bildungsforschung. Bielefeld, S. 15-30

Kirchhöfer, Dieter (2003): Jugendphase in der Veränderung. In: Kirchhöfer, Dieter/ Merkens, Hans (Hrsg.): Das Prinzip Hoffnung. Jugend in Polen und Deutschland, Baltmannsweiler, S. 25-44

Krisch, Richard/Schröer, Wolfgang (2010): Jugendarmut. In: Sozial Extra, Zeitschrift für Soziale Arbeit 5./6. Mai 2010, S. 47-50

Lange, Andreas (2003): Theorieentwicklung in der Jugendforschung durch Konzeptimport. Heuristische Perspektiven des Ansatzes „Alltägliche Lebensführung“. In: Mansel, Jürgen et. al. (Hrsg.):Theoriedefizite der Jugendforschung, Weinheim und München, S. 102-118

Laubstein, Claudia/ Dittmann, Jörg/ Holz, Gerda (2010): Jugend und Armut. Forschungsstand und Untersuchungsdesign der AWO-ISS-Langzeitstudie „Kinder- und Jugendarmut IV“. Zwischenbericht 2010, Frankfurt am Main

Münchmeier, Richard (2002): Einleitung „Dass das Leben der Jugend bildend sei!“ In: Münchmeier, Richard/ Otto Hans-Uwe/ Rabe-Kleberg, Ursula. (Hrsg.): Bildung und Lebenskompetenz. Kinder und Jugendhilfe vor neuen Aufgaben. Opladen, S. 15-18

Nussbaum, Martha C. (1999): Gerechtigkeit oder Das gute Leben, Frankfurt am Main

Oehme, Andreas (2008): Lebenslagen Jugendlicher und junger Erwachsener im Übergang und die Gestaltung entsprechender Übergangsstrukturen. Vortrag beim Werkstattgespräch am 18.2.2008 in Dortmund

Otto, Hans-Uwe/Ziegler, Holger (2008): Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft, Wiesbaden, S. 9-13

Ploetz, Yvonne (2013): Jugendarmut. In: Dies. (Hrsg.): Jugendarmut. Beiträge zur Lage in Deutschland, Opladen u. a., S. 11-15

Ploetz, Yvonne (2013)/ Kalmring, Stefan (2013): Jugendarmut – Hoch brisant, doch politisch völlig vernachlässigt. In: Ploetz, Yvonne (Hrsg.): Jugendarmut. Beiträge zur Lage in Deutschland, Opladen u.a., S. 95-116

Schröer, Wolfgang (2011): Sich an der Lebenslage Jugend orientieren! Ein Aufruf an die Kinder- und Jugendhilfe, die Entgrenzung von Jugend wahrzunehmen. In: SOS Kinderdorf e.V. (Hrsg.): Fertig sein mit 18? Dokumentation zur Fachtagung „Jugendliche und Junge Volljährige - eine Randgruppe in der Kinder- und Jugendhilfe?“, 4. bis 5. November 2010 in Berlin, München

Tamke, Fanny (2008): Jugenden, soziale Ungleichheit und Werte. Theoretische Zusammenführung und empirische Überprüfung, Wiesbaden

Witte, Matthias / Sander, Uwe (Hrsg.) 2011: Erziehungsresistent? ‚Problemjugendliche‘ als besondere Herausforderung für die Jugendhilfe. Baltmannsweiler, 2. Aufl.

Der Herausgeber

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V. ist ein Zusammenschluss katholischer bundeszentraler Organisationen und Landesarbeitsgemeinschaften. Sie tritt auf Bundesebene anwaltschaftlich für die Belange junger Menschen ein. Dazu arbeitet sie mit Personen und Institutionen aus Kirche, Staat, Politik, Wirtschaft und Verbänden zusammen. Sie nimmt aktiv am wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs teil und leistet gleichzeitig in partnerschaftlicher Zusammenarbeit einen Beitrag zur zukunftsorientierten Gestaltung unserer Gesellschaft.

Die Mitgliedsorganisationen der BAG KJS

Bundeszentrale Organisationen

- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) – Bundesstelle e. V., Düsseldorf
- Deutscher Caritasverband e. V., Freiburg
- Deutsche Provinz der Salesianer Don Boscos, München
- IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit - Deutschland e. V., Freiburg
- Katholische Arbeitsgemeinschaft Migration (KAM), Freiburg
- Kolpingwerk Deutschland – Bundesverband, Köln
- Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) Gesamtverein e. V., Dortmund
- Verband der Kolpinghäuser e. V., Köln

Landesarbeitsgemeinschaften

- Katholische Arbeitsgemeinschaft für Jugendsozialarbeit Baden-Württemberg, Freiburg
- Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Bayern, München
- Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Jugendsozialarbeit Berlin/Brandenburg, Berlin
- Katholische Jugendsozialarbeit Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland, Trier
- Katholische Jugendsozialarbeit Nord gGmbH, Hannover
- Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen e. V., Köln
- Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit im Freistaat Sachsen (KLAGS), Dresden
- Landesarbeitsgemeinschaft der Katholischen Jugendsozialarbeit für Thüringen e. V., Erfurt

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

KJS Katholische Jugendsozialarbeit